

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Kelchstr. Nr. 926.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 926.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich (außer an Sonntagen und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 59, nach die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,50. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, e. Nachttrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 13 Pfg., 21 Spaltenzeilen, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächst. Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 10.

Sonntag, den 12. Januar 1901.

8. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, den 10. Januar 1901.

Der Reichstag setzte heute die gestern kaum begonnene zweite Lesung des Etats vor nicht eben gut belehrtem Hause fort.

Dem Reichskanzler, der zwar erschienen war, aber — vielleicht noch ein wenig erschöpft von der neuen rhetorischen Leistung im Abgeordnetenhaufe — nicht das Wort ergrieff, wurden seine 100 000 M. Gehalt bewilligt. Innerhalb des Gros der bürgerlichen Parteien herrscht ersichtlich eine gewisse Unlust, die Gelegenheit zu einer weitläufigen Debatte nach der Art jener zu benutzen, die im vorigen Jahre die konservativen Schatzmacher bei Gelegenheit des Reichskanzler-Etats in Szene setzten. Es fand sich Niemand — weder im Hause noch am Bundesrathstisch — der auf den wuchtigen Angriff unseres Genossen Wollenkühn gegen jene Einflüsterer antwortete, die dem Kaiser mit falschen Nachrichten über den Hamburger Mieterstreik behient haben. Dagegen versuchte der Hamburger Senator Lappenberg eine Erwiderung auf einen anderen Punkt in den Ausführungen Wollenkühns. Dieser machte darauf aufmerksam, daß es dem Vertrag zwischen Hamburg und dem Reich zuwiderkäufe, wenn, wie das bei verschiedenen Gelegenheiten geschehen ist, Streikbrechern Wohnungen im Hamburger Freihafengebiet eingeräumt werden. Es gelang den gewundenen Ausführungen des Herrn Senators nicht, die zwingenden Darlegungen unseres Fraktionsredners zu entkräften.

Zu einer kleinen Agrardebate gab der Graf Klinkowström Anlaß, der, wie neulich schon im Herrenhause, so jetzt hier im Reichstage über die Begünstigung russischen Getreides durch die preussischen Bahnen Klage führte. v. Kardorff von der Laurahütte, der altmontane Agrarierhäuptling Siborius Gerkenberger, sowie Graf Kanitz, der nebenbei wußt auf Amerika schalt, stießen in derselben Horn, während die Freisinnigen Rickert und Dr. Müller-Sagan den Agrariern entgegentraten. Eine den Gegenstand betreffende Resolution Klinkowströms wurde der Budgetkommission überwiesen.

Sodann ging man zum Etat des Reichsamts des Innern über. Herr Wassermann hielt eine Rede, die, zahl wie sie war, dennoch seinen Fraktionsgenossen à la Möller und namentlich à la Hilbert wenig gefallen mag. Er beklagte das langsame Tempo in der Sozialreform, schilderte das Elend der Kinderarbeit und verlangte eine freundlichere Haltung der Regierung gegenüber den Arbeiterorganisationen, für deren Wesen er immerhin ein ziemliches Verständnis bewies. Namentlich wies er gebührend die alberne Behauptung zurück, daß dieselben nur und ausschließlich Streikvereine seien.

Nachdem der Freisinnige Beck in anerkenntniswerther Weise sich des Vogelsschages angenommen hatte, gab Genosse Wollenkühn eine nähere Erläuterung zu den Klagen Wassermanns über das Stöcken der Sozialreform. Die Kommission für Arbeiterstatistik ist so gut wie lahmgelegt, die Klassenlücken in der Versicherungsgesetzgebung werden nicht ausgefüllt, die Steuerfrage ist in einer den Seeleuten wenig günstigen Weise geregelt, die Inspektion der Schiffe läßt sehr zu wünschen übrig.

Auf alle diese energischen Angriffe wußte Graf Rosadowsky herzlich wenig zu erwidern: er sah sich sogar genöthigt, ausdrücklich das Kinderelend in der Hausindustrie als vorhanden anzuerkennen. — Nachdem die Steuerfrage noch zu verschiedenen Reden und Gegenreden Anlaß gegeben und der Centrumsabgeordnete Speck sich über das Einschmuggeln von Wurst beklagt hatte, schloß die Sitzung.

Morgen steht ein konservativer Antrag zum Reichsinvalidefonds und sozialdemokratische und andere Anträge zum Gewerbeverordnungsgeetze auf der Tagesordnung.

Die zweite Etatsberatung wird beim Etat des Reichskanzlers und der Reichskasse fortgesetzt. Die Beratung beginnt mit den fortdauernden Ausgaben Titel „Reichskasse“ (Gehalt 100 000 Mark, einschließlich 64 000 Mark Repräsentationskosten — außerdem freie Dienstwohnung).

Wollenkühn (SD.): Ich habe an den Herrn Reichskanzler die Frage zu richten, ob er denkt, daß für zu sorgen, daß Verträge, die zwischen dem Reich und Hamburg geschlossen sind, eingehalten werden. Ein solcher Vertrag ist im Jahre 1881 bahngelassen worden, daß Hamburg ein bestimmtes Freihafengebiet eingeräumt wird, wo Waaren zollfrei lagern können. Es ist aber in dem Vertrage vorgeesehen, daß in diesem Freihafengebiet Niemand wohnen darf, es sei denn zu unbedingt notwendigen Aufschlagszwecken. Gegen diesen Vertrag ist aber von den Hamburger Werftarbeitern mehrfach verstoßen worden. Ein Versuch wurde f. B. gemacht bei dem großen Hamburger Hafenarbeiterstreik von 1896. Damals verbot aber der Hamburger Senat und der Reichskommissar das Unterbringen von Streikbrechern in dem Freihafengebiet und die Werftarbeiter quartierten die Arbeiter auf Schiffen ein. Viel weiter sind sie aber im vergangenen Jahre bei der Ausperrung der Werftarbeiter gegangen. Hier sind thätlich Schuppen in dem Freihafengebiet gebaut, in denen die von auswärts geholten Arbeiter wohnen. Es handelt sich nur um die Frage, ob der Vertrag etwa während der Zeit der Ausperrung seitens des Reiches suspendirt worden ist. Man könnte ja sagen, daß eine solche Suspension im Interesse der anständigen Politik notwendig war. Dies ist aber doch nicht der Fall, denn thätlich handelte es sich nicht um einen Streik, sondern um eine Ausperrung. Redner giebt eine ausführliche Darstellung der Ausperrung der Werftarbeiter. Wie ein Blitz aus heiterem Himmel wirkte in Hamburg i. B. die bekannte Bremerhafenrede vom 4. August, worin der Streik als das Werk vaterlandslöser Agitatoren hingestellt wurde. Zu der That waren einzig und allein die Werftarbeiter selbst die sogenannten vaterlandslöser Agitatoren. Das die Werftarbeiter zu ihrem Bergeheer veranlaßt hat, geht aus einem Geschäftsbericht einer Rheberfirma hervor, in dem über die hohen Eisenpreise geklagt und ausdrücklich gesagt wird, daß der Schiffsbau sich deshalb trotz reichlich vorliegender Arbeit zu Betriebs-Einsparungen gezwungen sehe, umso mehr, als auch an der Börse Knappheit herrsche. Daraus geht klar hervor, daß die Werftarbeiter die Ausperrung provoziert haben, um einen Druck auf die Eisenpreise auszuüben. Jedenfalls sollte der Reichskanzler, der die Verantwortung für die Reden des Kaisers tragen will, auch im Interesse aller Monarchisten die Angelegenheit näher unteruchen, um festzustellen, wie es gekommen ist, daß eine offenkundige Unwahrheit in den Mund des deutschen Kaisers gelegt worden ist. (Bravo! bei den Sozialdemokraten).

Hamburgischer Bevollmächtigter Senator Lappenberg (Schwer verständlich) erwidert, ein zeitweiliges Wohnen sei bei dem Bau neuer Hafenanlagen schon wiederholt mit Genehmigung der Zollbehörde vorgekommen. Die kontrollierenden Beamten dürfen überhaupt im Freihafengebiet wohnen. Die Firma Stöhm u. Vogt habe während des letzten Streiks einige Wohnungen für ihre Arbeiter im Freihafengebiet errichtet. Die Zollbehörde erhob keine Einwendung, aber der Senat wollte lieber vorsichtig sein und sich während des Streiks ganz unparteiisch halten. Er erklärte deshalb der Firma, daß es gegen den Zollvertrag verstoße, wenn ihre Arbeiter im Freihafengebiet wohnen. Zwischen war aber der Werftarbeiterstreik beendet.

Wollenkühn (SD.): Merkwürdig, daß der Senat so außerordentlich spät Kenntnis von dem vertragswidrigen Vorgehen erhielt. Dann aber trifft ihn auch der Vorwurf, daß er auch, nachdem er Kenntnis erhalten, nicht schnell genug eingeschritten ist. Seine Mittheilung an die Firma erfolgte erst, als der Streik beendet war. Hoffentlich wird künftiger energischer eingeschritten.

Graf v. Klinkowström (DK.) begründet eine von ihm zum Etat gestellte Resolution, wonach bei einem zukünftigen Handelsvertrag mit Rußland die billigen Ausnahme-Frachtsätze, die jetzt für die nach den Häfen Libau und Riga führenden Eisenbahnen in Kraft sind, nur für Artikel gelten sollen, soweit diese zur Ausfuhr über See nach dem Zolllande bestimmt sind. Der jetzige Handelsvertrag mit seinen Ausnahmetarifen begünstigt zwar den Handel, schädigt aber die Landwirtschaft. Seiner Meinung nach sei der ganze Artikel des Handelsvertrages verfassungswidrig, denn er greife in das Hoheitsrecht eines Bundesstaates, über seine Eisenbahntarife selbstständig Bestimmungen zu treffen, ein. Jetzt liege die Sache so, daß die Beförderung deutschen Getreides auf diesen Bahnen drei bis viermal theurer sei, als die Beförderung des konkurrierenden russischen Getreides. Ich beantrage die Ueberweisung dieser Resolution an die Budgetkommission.

Rickert (SP.): 1894 haben wir schon in derselben Sache hier debattirt und damals hat sich die Majorität auf einen entgegengekehrten Standpunkt gestellt, als ihn die Resolution vertritt. Abg. Haamacher, dessen Autorität wohl auch vor der Rechten anerkannt werden wird, sagte am 12. März 1894: Durch die Erläuterung des Herrn v. Thielmann ist überzeugend nachgewiesen, daß durch den § 19 kein Schaden für die Landwirtschaft eintreten kann.

Gerkenberger (Z.) tritt für die Ueberweisung der Resolution an die Budgetkommission ein.

Dr. Baasche (NL.) gleichfalls.

Graf Kanitz (K.): Ich will nur Verwahrung dagegen einlegen, daß man aus jenem Antrag den Schluß zieht, daß wir Rußland bei Abschluß der neuen Handelsverträge weniger günstig behandeln wissen wollen als bisher. Wir legen auf ein gutes Einvernehmen mit Rußland den größten Werth. Wir wünschen nur, daß alle Länder möglichst paritätisch behandelt werden. Bei Abschluß der bestehenden Handelsverträge ist aber Amerika entschieden günstiger behandelt worden als Rußland. Wir können Rußland unser Wohlwollen vielleicht dadurch beweisen, daß wir unser Petrolium von ihm beziehen statt von Amerika. (Bravo rechts).

Die Abgg. Müller-Sagan (SP.) und v. Kardorff (SP.) erklären sich für die Behandlung der Resolution in der Budgetkommission.

Brömel (SP.): Wir werden gegen die Resolution stimmen, weil wir der Meinung sind, daß die deutsche Landwirtschaft russisches Getreide braucht, um es mit dem einheimischen zu mischen und dadurch einen höheren Preis für dasselbe zu erzielen.

Müller-Duisburg (NL.) stimmt der Verweisung an die Budgetkommission trotz einiger Bedenken, die er geltend macht, zu. Geh. Oberregierungsrath Müller-Hausen theilt im Auftrage des preussischen Handelsministers dessen Bereitwilligkeit mit, in der Kommission über alle hier erörterten Fragen Auskunft zu ertheilen.

Damit schließt die Diskussion. Titel I wird bewilligt, die Resolution wird der Budgetkommission überwiesen.

Der Etat des Reichskanzlers sowie die Einnahmen werden debattelos erledigt.

Es folgt der Etat des Reichsamts des Innern. Die Beratung beginnt bei den fortdauernden Ausgaben.

Beim Titel „Staatssekretär“ nimmt das Wort

Wassermann (NL.): Die vom Reichstag kundgegebenen Wünsche bezüglich des Arbeiterschutzes in besonders gesundheitsgefährlichen Betrieben sind noch nicht erfüllt worden. Es ist zu wünschen, daß auf der Bahn des Arbeiterschutzes fortgeschritten wird. Wir erwarten im nächsten Jahre eine Reform der Krankenversicherung, an die sich eine Wittwen- und Waisenversicherung anschließen müssen wird. Noch ein weites Gebiet harret der Lösung. Die Hausarbeit schulpflichtiger Kinder und die Beschäftigung von Kindern in gewerblichen Betrieben giebt Anlaß zu eingehender Prüfung. Nicht nur die gesundheitliche, sondern auch die sittliche Schädigung der Kinder ist nicht zu leugnen. Die Regelung der Kinderarbeit kann nur gesetzlich, nicht im Verordnungsweg geregelt werden. Die Unternehmer werden zuerst stets solche Bestimmungen aufsetzen. — Eine erweiterte Thätigkeit ist der Kommission für Arbeiterstatistik zu wünschen, ihre jetzige Organisation ist an den geringen Leistungen der Kommission schuld. Es sollen jetzt Erhebungen über die kaufmännischen Gehilfen folgen. Verbunden werden können damit Erhebungen über die Gehilfen der Anwälte und Notare. Auch die Forderung einer Minimalruhezeit für die im Schiffsfahrtsgebiete Angeestellten wäre geeignet, von der Kommission geprüft zu werden. — Erfreulich ist, daß die Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren sich durchaus bewährt hat. Bezeichnend ist ein Bericht aus Bayern, wonach das häufige Aufsuchen der Arbeiterinnen durch die weiblichen Inspektoren, wodurch häufig Mißstände aufgedeckt würden, von den Arbeitgebern nicht immer gebilligt würde. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung hält sich den Arbeiter-Organisationen wie den gemeinschaftlichen Organisationen der Arbeiter und Arbeitgeber gegenüber noch immer ablehnend. Solche Organisationen sind aber doch geeignet, ein einigendes Element in den Kampf zwischen Arbeitgeber und Arbeiter zu bringen. Die Berichte konstatiren ein ständiges Anwachsen, besonders der christlichen Gewerkschaften. Man begnügt sich innerhalb der Arbeitgeber allmählich, sich Arbeiter-Organisationen gegenüber nicht mehr grundsätzlich ablehnend zu verhalten. Der Bericht aus Württemberg-Schwaben erweist an, daß der Verkehr mit dem Gewerkschaftskartell durchaus von Vortheil gewesen ist; aus Württemberg wird eine bedeutende Stärkung der Organisationen durch das Nachtarbeitsgesetz berichtet. Die allgemeine Ansicht geht dahin, daß die Gewerkschaften nicht lediglich als Streikvereine zu betrachten sind: von 1891—97 haben sie 7 Millionen für Unterstützung gegenüber nur 3 Millionen für Streiks veranlagt. Unter diesen Umständen muß die Regierung ihren bisherigen Standpunkt gegenüber den Arbeitervereinen ändern müssen. — Andere wichtige sozialpolitische Forderungen wie die Einschränkung kaufmännischer Schiedsgerichte, paritätische Arbeitsnachweise u. s. w. werden wir bei der Beratung der betreffenden Anträge besprechen. — Gewiß können nicht alle Forderungen auf einmal erfüllt werden. Unbedingt muß ein bestimmtes Reichsarbeitsamt gefordert werden, denn das Reichsamt des Innern ist — man denke nur, an die Vorbereitung der Handelsverträge — stark überlastet. (Bravo! b. d. Natl.)

Ein eben eingelangter Antrag, den Etat des Reichseisenbahnamts an die Budgetkommission zu verweisen, wird angenommen.

Beckh-Roburg (SP.) begründet eine von ihm eingebrachte Resolution auf Vogelsschutz, worin die Verbündeten Regierungen ersucht werden, eine Revision des Vogelsschutzgesetzes von 1888 vorzunehmen und dahin zu wirken, daß die Pariser Vogelsschutzkonvention von 1895 von den beteiligten Staaten endlich ratifizirt und in Wirksamkeit gesetzt werde.

Wollenkühn (SD.): Die Thätigkeit der Kommission für Arbeiterstatistik ist beinahe ganz eingeschlossen. Die zwei Sitzungen, die im Jahre 1899 abgehalten sind, sind noch nicht soviel werth, wie eine halbe Sitzung aus den Jahren 1892—93, denn damals ist viel intensiver gearbeitet worden. Ich will allerdings nicht verhehlen, daß die Kommission in ihrer Thätigkeit durch das Regulative selbst sehr gehemmt wird. Sie ist nur beauftragt, sich mit den Berichtsthältern der Gewerbeordnung unterstellten Arbeiter zu beschäftigen, während sie sich z. B. um die Arbeiter, die der Gewerbeordnung unterstehen, nicht kümmern darf — wobei noch dazu die Aufsicht darüber, wer der Gewerbeordnung unterstellt ist, in den einzelnen Bundesstaaten auseinandergehen. Bei den Erhebungen, die im Gewerbegebiete, sowie im Lehrstufenwesen vorgenommen werden sollten, treten diese Schwierigkeiten besonders hervor. Der Reichskanzler sollte daher Sorge tragen, daß der § 1 im Sinne größerer Bewegungsfreiheit der Kommission geändert wird. Nun zu anderem. Man hat bei der Beratung des Invaliditätsgesetzes bestimmte Verbesserungen mit dem Hinweis darauf angelehrt, daß sie bei der in Aussicht gestellten Reform des Krankentaggengesetzes mit erledigt werden sollten. Hat doch der Staatssekretär selbst eine organische Verbindung zwischen Kranken- und Invalidenversicherung für nöthig erklärt. Bis jetzt haben wir aber noch nichts von einer Vorlage gehört, die die Lücken in der Versicherungsgesetzgebung auszufüllen geeignet ist. Bei der Beratung der vorjährigen Unfallversicherungsnovelle wurde eine anderweitige Festsetzung der Durch-

Jahresheuer der Seelente in Aussicht gestellt. Das ist auch ge-  
sehen; aber die Heuer für Vollmatrosen bleiben um 2 Prozent  
hinter dem Durchschnitt der in den Jahren 1897—1899 gezahlten  
Löhne zurück. Namentlich aber ist es unbedingt nötig, daß die  
Monatsheuer für Reichsmatrosen und Köche erhöht wird, damit  
nicht ferner erwachsene Leute, die vielleicht Frau und Kinder haben,  
auf eine Rente von 396 Mk. angewiesen sind. (Hört, hört! b. d.  
Sozialdemokr.) Weit sorgfältiger muß auch die Kontrolle seitens  
der Seebefehlshaber vorgenommen werden, damit nicht wieder,  
wie es während des Westarbeiterstreiks beim Dampfer „Se-  
bos“ der Fall war, der Inspektor erst kommt, wenn das Schiff  
schon aus dem Hafen ist. (Hört, hört! bei den Sozialdemo-  
kraten.)

Staatssekretär des Innern Graf Posadowsky: Die Regie-  
rung veranlaßt unablässig Erhebungen über die Verhältnisse der  
Handindustrie, wie der Franenarbeit; auch über die Kinder-  
arbeit hat sie, wenn auch keine eigentliche Fählung, so doch  
Erhebungen vorgenommen. Das Bild, das sich dort ergibt, ist  
leider ein sehr trauriges. Die Frage kann aber nur auf gesetzlichem  
Wege befriedigend geregelt werden. Der Kommission für Arbeiter-  
statistik sind eine Reihe neuer Aufgaben zuertheilt worden. Die  
Verhältnisse der Bureauangestellten der Rechtsanwaltschaft, die sie  
nicht unter die Gewerbeordnung fallen, nur durch ein Gesetz  
geregelt werden; ich habe mich wegen eines solchen mit dem Reichs-  
justizamt in Verbindung gesetzt. Die Berichte der Fabrikinspektoren  
sind diesmal sämtlich im Original vorgelegt worden, um der Be-  
hauptung entgegenzutreten, daß die Berichte tendenziös gefälscht  
seien. Da man nun hier mit der Kritik nicht einsehen konnte, hat  
man die Register benützt. Die preussischen sollen viel besser sein.  
Für das ganze Reich ist natürlich diese Arbeit viel schwieriger als  
für die Einzelstaaten. Ich will aber keineswegs eine Erwägung  
darüber ablehnen, ob das Register in Zukunft noch übersichtlicher  
gemacht werden kann. Die Reform der Krankenversicherung, nach  
der der Abg. Wolfenbühler fragt, liegt mir sehr am Herzen. Aber  
bei der Krankenversicherung hat das Reich im Gegensatz zum  
Invalidengesetz keine eigenen Organe. Die Kassführung liegt ganz  
in den Händen der Einzelstaaten. Die Erhebungen der Einzel-  
staaten sind noch nicht abgeschlossen. Hoffentlich kann aber die  
von mir dringend gewünschte Novelle in der nächsten Session vor-  
gelegt werden. — Was die Anfrage des Abg. Bredt-Loburg über  
den Vogelstich anlangt, so kann ich ihm mitteilen, daß die Ratifi-  
kation der internationalen Vereinbarungen in Wälde zu erwarten  
ist. Ist sie vollzogen, so werden wir auch eine Aenderung des  
Vogelstichgesetzes vorzunehmen.

Abg. Rath Werner: Die neue Durchschnittsheuer ist erst  
nach eingehenden statistischen Erhebungen festgesetzt worden. Die  
Objektivität der Seemannskammer, von denen die Erhebungen ge-  
macht sind, wird man wohl nicht anzweifeln. Fast in allen Klassen  
hat eine Erhöhung vorgenommen werden müssen, eine Herabsetzung  
nur in drei Klassen. Jedoch findet auch bei den Leuten, die in  
diese Klassen gehören, eine thatsächliche Verminderung ihrer bis-  
herigen Bezüge statt, da bei der Durchschnittsberechnung jetzt  
eine höhere Wochenzahl angenommen wird, als bisher. Die Be-  
rechnung der Durchschnittsheuer kann nach dem Prinzip der Ren-  
nanzfiktionalität erst erfolgen, wenn statistische Erhebungen über drei  
Jahre vorliegen. Herr Wolfenbühler hat sich darüber beklagt,  
daß Seelente in eine Lohnklasse zusammengefaßt worden sind, die  
nicht dazu gehören. Das läßt sich aber nicht anders machen. Die  
Regierung ist mit der größten Gewissenhaftigkeit bei der Festsetzung  
der Durchschnittsheuer verfahren.

Abg. Kollenbahr (SD): Es wäre durchaus nicht nötig,  
mit der Berechnung der Durchschnittsheuer drei Jahre zu warten.  
Die Seemänner wären wohl in der Lage, das Material für die ver-  
floffenen 3 Jahre zu liefern.

Abg. (B.) beklagt sich darüber, daß der vollfreie Eingang  
von Waer im Grenzverkehr in Elsaß-Lothringen gestattet werde.  
Das steht im Widerspruch mit dem Fleischbeschutzgesetz.

Staatssekretär Graf Posadowsky: In Folge des Fleisch-  
beschutzgesetzes ist eine ungeheure Menge von Reglementen zu er-  
lassen, die nicht so rasch erledigt werden können. In Elsaß-Loth-  
ringen gehen täglich über 2000 Arbeiter über die Grenze. Da ist  
es natürlich, daß sie auch Mühe einbringen.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächst Sitzung: Freitag 1 Uhr. (Schwerinstag): 1. Antrag  
Kistler (R) auf Aenderung des Reichsinvalidengesetzes. 2.  
Antrag Albrecht (SD) auf Aenderung des Gesetzes über  
die Gewerbegerichte in Verbindung mit ähnlichen Anträgen der  
Abg. Trimborn (B.) und Wasserhagen (R.)  
Schluß 6 Uhr.

## Politische Stunden.

### Deutschland.

Der Bundesrath als Brennpunkt. Aus der Ueber-  
sicht der vom Bundesrath gefassten Entschlüsse auf Be-  
schlüsse des Reichstags aus der 9. und 10. Legislatur-  
periode seien einige derselben, die den Bundesrath als  
Brennpunkt rationaler legislativer Arbeit zeigen, hervorge-  
hoben. Der am 11. März 1897 gefasste Beschluß des  
Reichstags, dem Reichstag einen das Verhältnis zwischen  
Land- und forstwirtschaftlichen Arbeit-  
ern und dem Gehilfen einerseits und deren  
Arbeitgebern andererseits regelnden Gesetzentwurf  
vorzulegen, ist abgelehnt worden. Ueber die Be-  
schlüsse des Reichstags vom 7. April 1897, kauf-  
männische Schiedsgerichte zu errichten und  
gewisse Schiedsbestimmungen der Gewerbe-  
Ordnung auf das Handelsgesetz anzuwenden, sind die Erwörterun-  
gen noch nicht zum Abschluß gelangt.  
Ebenso steht über die Aufhebung des Jesuiten-  
gesetzes — Reichstagsbeschluß vom 1. Februar 1899  
— die Beschlußfassung noch aus. Dagegen  
hat der Bundesrath bereits Zeit zu dem Beschluß ge-  
funden, die Vorlegung eines Reichs-Vergleiches  
abzulehnen, trotzdem der Reichstag diesen Beschluß  
erst am 24. Januar 1900 gefasst hat. Der Bundesrath  
kann also eine Angelegenheit auch rasch erledigen, wenn  
es eine notwendige sozialreformatorische Forderung abzu-  
leihen gilt. Erwähnt sei schließlich noch, daß auch  
die Beschlußfassung über den am 29. März gefassten Be-  
schluß des Reichstags, den Reichstags-Abgeordneten  
Diäten zu zahlen, noch aussteht.

Die Kommission zur Beratung der Seemannskammer  
nahm Donnerstag in ihrer ersten Sitzung nach den Ferien  
die Beratung beim noch nicht erledigten § 10 wieder  
auf, der Bestimmungen über die Kammerung enthält.  
Die Sozialdemokraten hatten verlangt, daß es dem Schif-  
fahrtsrat zu Pflicht gemacht würde, bei der Annäherung  
der Schiffahrtsgesellschaft vor dem Seemannskammer  
zu erscheinen, wenn er nicht dringend verhindert ist. Nach  
langer Debatte wurde dann auch ein dieses Prinzip ent-  
sprechender, von freikämiger Seite formulierter Antrag an-  
genommen. — Beim § 11 wurde jedoch ein sozial-

demokratischer Antrag angenommen, der den Schiffskapi-  
tain verpflichtet, in solchen Fällen, wo eine Annäherung  
vor dem Seemannskammer ohne Verzögerung der Reise nicht  
mehr erfolgen kann: „Die Thatsachen für die Unterlassung  
der Annäherung in das Schiffstagebuch einzutragen.“ —  
Der nächste Paragraph wurde zurückgestellt. — Bei § 17  
wurde die Kosten- und Stempelfreiheit der Führungs-  
Atteste der Seelente beschlossen. — Die weiteren Para-  
graphen des zweiten Abschnittes bis § 24 wurden unter  
Ablehnung einzelner Verbesserungs-Anträge der Sozial-  
demokraten angenommen.

Die Abgeordneten Graf Rindowström und Genossen  
haben dem Reichstag zum Etat des Reichskanzlers eine  
Resolution unterbreitet, in der eine den agrarischen  
Ansprüchen günstige Neuregelung der Ge-  
treidefrachttarife im zukünftigen deutsch-rus-  
sischen Handelsvertrage gefordert wird. Dieser  
Antrag ist eine Unversöhnlichkeit, wie sie nur Agrarier  
fertig bekommen. Mit demselben Rechte könnte von  
anderer Seite beantragt werden, durch eine Resolution  
zum Etat auch die Regierung zu verpflichten, daß sie  
eine Erhöhung der Getreidezölle im neuen Zolltarif zu-  
lasse.

Im preussischen Herrenhause wurde Mittwoch bereits  
ein agrarischer Vorkopf versucht. Um einen  
solchen zu führen, hatte Graf Rindowström an  
die Regierung eine Interpellation wegen des  
Erwerkes des ostpreussischen Südbahn  
gerichtet. Die ostpreussische Südbahn hat als Privatbahn  
ihre eigenen Preise und ist den Agrariern als Getreide-  
Importbahn höchst un bequem. Da die Konzeption dem-  
nächst abgelaufen ist, verlangen sie stürmisch  
den Erwerb der Bahn durch den Staat, und Graf  
Rindowström gab diesem Verlangen beredten Ausdruck.  
Die Regierung möchte den agrarischen Wünschen gewiß  
gern willfahren, aber sie ist sich doch ihrer Verantwortung  
bewußt. Sie weiß, daß der jetzige Zustand z. B. für  
den Getreidehandel von Danzig und anderen preussischen  
Seestädten ungemein wichtig ist, und will deshalb die  
Uebernahme der Bahn nicht überstürzen. Die vorsichtige  
Erklärung des Unterstaatssekretärs Fied rief bei den  
Ultra-Agrariern im Hause ein wahres Wuthgeheul hervor.  
Nachdem sich der Danziger Oberbürgermeister Delebrück  
gegen die Verstaatlichung der Bahn ausgesprochen hatte,  
stellte Graf Rindowström den völlig geschäfts-  
ordnungswidrigen Antrag, die Regierung möge die Ver-  
staatlichung unverzüglich in die Wege leiten. Erst als  
ihm sein vorläufiges Gebahren klar gemacht worden war,  
erklärte der edle Graf, den Antrag vorläufig nur „an-  
hängig“ zu wollen. Zur Unterfützung des Interpellanten  
nahmen noch die Grafen Schlieben und Mirbach  
das Wort. Graf Mirbach hatte die Demonstrationen  
eingeleitet und absolvierte mit seiner nasal-schnarren-  
den Stimme das alte Kanakrebellensied aus der vorigen  
Session. Er lehnte die Kanalvorlage rundweg ab. Wie  
mögen dem Grafen Bülow die Ohren geklungen haben?  
Der durchaus nicht in der Sache selbst liegende Hinein-  
zwang der Kanalvorlage in die Diskussion über die ost-  
preussische Südbahn bedeutet nichts weniger als einen  
Affront der „unbeugsamen“ Kanalgegner gegen die Rede,  
welche Graf Bülow kaum zwei Stunden vorher für die  
Vorlage im Abgeordnetenhaus gehalten hat. Nach der  
Besprechung dieser Interpellation besprachen die „Herren“  
noch eine zweite des Grafen Schlieben, wegen des  
Zigeuner-Unwesens. Minister von Rheinbaben  
versprach Abhilfe auf dem Wege strengerer Handhabung  
der einschlägigen Gesetze und Verordnungen. Eine Be-  
sprechung der Interpellation fand nicht statt. Das Haus  
der „erlauchten und edlen“ Herren vertagte sich hierauf  
auf unbestimmte Zeit.

Die Fahrt zur Hochzeit. Nach einer Meldung der  
„Münch. Neuest. Nachr.“ aus Kiel geht der Kontre-  
admiral Fische am 7. Februar mit dem Linien-  
schiff „Bade“ und dem Kreuzer „Troya“ zur Ver-  
mählungsfeier der Königin Wilhelmina  
nach Holland ab. Daß trotz der gineffischen Wirren zwei  
Kriegsschiffe zu einem derartigen zeremoniell-höflichen  
Zweck zur Verfügung stehen, beweist, wie grundlos  
das Geschrei der Krupp-Presse über den angeblichen  
Kanalangel an Schiffen ist. Die Flottenvermehrungs-  
Einkaufslisten pflichten sonst immer mit einer „Entblößung  
der deutschen Küsten“ zu schreien. Die Meldung der  
„Münch. Neuest. Nachr.“ muß jede Besorgnis hierüber  
zerstreuen.

Der Bund der deutschen Bodenreformer hat eine neue  
Petition, betreffend den Schutz der Bauhand-  
werker, an den Justizminister Dr. Schäferschmidt und an  
den Reichstag gerichtet. Sie bittet um baldige Vorlage  
des vor drei Jahren veröff. nlichten Gesetzentwurfes. Ver-  
besserungen des Entwurfes werden dahin vorgeschlagen:  
1. Das Gesetz soll durch Verordnung nur für ganze Ge-  
meinden, nicht Theile von Gemeinden eingeführt werden  
können. 2. Es sollen auch Neubauten einbezogen werden,  
die an Stelle von alten Gebäuden errichtet werden. 3.  
Die Zwangsvollstreckung soll auf drei Monate verlegt  
werden, wenn die Gläubiger die Kosten der Zwangsvoll-  
streckung hinterlegen. 4. Den Arbeitern soll ein volles  
Vortrecht gegeben werden. 5. Bei der Wahl der Bau-  
schöffen sollen die Handwerkskammern mitwirken. 6. Die  
Gewährung von Baugeldern darf nicht an förmliche Be-  
dingungen geknüpft werden. Es ist nur der Baugeld-  
vertrag zum Grundbuch einzutragen. Dann aber ist den  
Gläubigern jedes Grades ein Pfandrecht am Baugeld, ein  
Pfandrecht am Baugeld zu gewähren, wie das in Nord-  
amerika üblich ist. 7. Die Abschätzung des Baustellen-  
werthes durch die Bauerschöffen ist nur auf Antrag und im

Zwangsvollstreckungsverfahren vorzunehmen. Die allge-  
meinen Abschätzungen ganzer Straßen sollen fortfallen.  
Bei der Zwangsvollstreckung soll der Erlös verhältniß-  
mäßig auf Baustelle und Gebäude vertheilt werden und  
der Erlös der Baustelle den in dem Bauvermerk ein-  
getragenen Hypothekengläubigern zufallen. Der Erlös des  
Gebäudes soll ausschließlich zur Deckung des Baugeld-  
darlehens und der Baugläubiger dienen. Die Position  
wird voraussichtlich mit dem nationalliberalen Initiativ-  
Antrage, betreffend Bauhandwerkerschutz, zur Verhandlung  
kommen.

Einem Sonnenbrief, der an schensüchtiger Nothheit noch  
die bisherigen fürchterlichen Zeugnisse europäischer Ge-  
sittung und militärischer Kultur übertrifft, veröffentlicht  
der „Vorwärts“. Dieser unsäglich gemeine Brief, der  
das Entsetzliche wie etwas ganz Natürliches schildert,  
ist von dem freiwilligen Patrioten an die — eigene  
Mutter gerichtet worden, nur die Erwähnung des  
Bildes „seiner Minna“ deutet darauf, daß er eine holde  
deutsche Braut sein eigen nennt. Die schlimmsten Ver-  
brechen, die in Deutschland mit dem Tode bestraft wer-  
den, verüben neben diesen Kriegsgreueln, deren sich der  
Briefschreiber mit unflätigem Behagen rühmt. Der  
Brief, dessen Original in Händen der Redaktion  
unseres Centralorgans gewesen ist, lautet buchstaben-  
getreu:

Tientsin, den 11. 10. 1900

Liebe Mutter und Verwandte!

Ich muß Euch Bescheid sagen das Ich irrt 4 Wochen in  
China bin und morgen, am 12. gehen wir nach Peking und da  
müssen wir gegen 28(0)00 Dorer das Ich das erste Geschicht was  
Ich mitmache und dann werde Ich Bekte hoffen das Ich Ge-  
sund und Mutter wiedertomme dann mit den Chinesen  
ba spielen wir nicht. Ich war auf Posten den 29. Sep-  
tember in Schanghai 80 Straße von Tientsin da machten  
wir einen Raubzug da wollten wir 7 Chinesen  
Ueberfallen. Aber da hat Ich Ich einen Gezeigt  
was Deutsche sind. Ich schoß 5 direkt todt und 2 schlug  
Ich den Kopf zusammen dann eroberten wir Ochsen Esel Pferde  
und Andere Lebensmittel wenn sie nichts Leben woll-  
ten dann wurde Gewalt gebraucht. Geld oder  
Todt denn hier gibt's kein Erbarmen. Das Ar-  
beiten für uns müssen die Chinesen thun wenn sie  
Geld haben wollen denn kriegen sie Schläge zu  
und dann werden sie rausgeschmissen beim  
Popf. Das ist Gerabe was für mich denn ich habe  
schon einige mit dem Bajonett durchstochen  
und dann die Mädchen, davon schlief es hier nicht. In jedem  
Ganze 5—6. 7. Stück dann wird sich die schönste Ausge-  
sucht die Andern werden rausgeschmissen und  
dann machen wir damit was wir wollen die  
Männer wenn die was wollen die werden gleich ver-  
hauen denn die sind so feige wenn wir mit 2 Mann im  
Haute sind und 20 Männer dem, kriegen sie es doch mit der  
Axt. Das schlimmste hier ist die Ahr und Lions daran ster-  
ben viel mir hat bis jetzt nichts Gelebt und denn hat mir  
meine Minna Ihr Bild noch hier Geschickt. Und denn  
Wünsche Ich Euch alle fröhliche Feste nächstes Jahr bin Ich  
vielleicht wieder da. Ich konnte hier Schandarm  
werden aber das wollte Ich nicht mehr.

Nun will Ich schliefen und thue Euch Alle

Herzlich Grüßen aus China

Es grüßt . . . Schreib bald wieder

Das sind wieder „fesselnde“ Bilder aus dem Kriege  
— ein neuer Beweis für die Nichtigkeit unserer Kriegs-  
schwärmer, daß der Krieg eine der schönsten und nützlich-  
sten Einrichtungen Gottes sei, ein Stahlbad sittlicher  
Charakterbildung und ein „Glück“ für eine Armee, die  
ihre Kräfte erproben kann.

Keine politische Nachrichten. Ein Dohsenhandel  
ist eine Kleinigkeit dagegen. Mit diesem Vergleich hat  
der Zentrumabgeordnete Heim in einer Besprechung des nieder-  
bayerischen Bauernvereins in Passau seinen Hörern die Zustände  
im Reichstag bei den Erörterungen über den Zoll-  
tarif klar zu machen gesucht. Als die gefährlichsten Gegner bei  
den Verhandlungen über die Getreidezölle bezeichnete Abg. Heim,  
nach den „Münch. Neuesten Nachr.“, die Konservativen, die unter  
der Decke spielen. Das preussische Zentrum werde zum größten  
Theil, das bayerische Zentrum wie ein Mann für erhöhte Getreide-  
zölle stimmen. — Die Budgetkommission des Reichs-  
tages wählte Donnerstag an Stelle des Herrn v. Kardorff, der  
den Vorsitz befristet niedergelegt hat, den Grafen Stolberg-  
Niederode (R) zu ihrem Vorsitzenden. Die nächste Sitzung der  
Budgetkommission findet am Dienstag statt, und zwar soll der Etat  
des Reichs-Eisenbahnamts in Angriff genommen werden. Hieran  
soll sich die Beratung des Post- und Telegraphenwesens knüpfen.  
Die Beratung des Chinatreibes ist zurück-  
gestellt, bis die erste Lesung der Pensionvorlage für die In-  
validen und Hinterbliebenen der Chinalieger im Plenum vorge-  
nommen sein wird. — Die Reichstagskommission zur  
Beratung der Anträge wegen Wiedereinführung der  
Verfassungsinanz lehnte am Mittwoch den Zentrumsantrag  
Schmidt, vier Richter zur Belegung der Zivil- und Strafkammern  
zu bestimmen, mit 14 gegen 2 Stimmen ab und mit 8  
Stimmen den Zentrumsantrag Rembold, Schöffen zu den mittleren  
Gerichten zuzusetzen. Der Antrag Minteln (B.) mit einem Zusatz Besch  
(Bv): 3 Richter für Zivilkammern und für Strafkammern, fiel mit 8 gegen  
11 Stimmen. Nach dieser Abstimmung bleibt es also bei dem be-  
stehenden Gesetz. — Wie die Däter wirken, darüber konnte  
man, so schreibt die „Freie. Stg.“, bei der ersten Sitzung am  
Dienstag im Reichstag und Abgeordnetenhaus  
vergleichende Betrachtungen anstellen. Im Reichstage  
konnte der Präsident kaum 50 Abgeordnete begrüßen; im Durch-  
schnitt betrug während der Sitzung die Zahl der Anwesenden viel-  
leicht kaum 30. Im Abgeordnetenhaus waren dagegen 330 Abge-  
ordnete erschienen, obgleich es sich um eine rein formale Sitzung  
von wenigen Minuten handelte. — Der Bundesrath überwiegt  
Donnerstag einen Zusatzantrag zu dem Auslieferungsvertrage  
zwischen dem Reich und Belgien vom 24. Dezember 1874, den  
Entwurf eines Schaumweinsteuergesetzes, den Entwurf eines Gesetzes  
wegen Versorgung der Teilnehmer an der ostasiatischen Expedition  
und ihrer Hinterbliebenen sowie den Entwurf eines Gesetzes wegen  
Feststellung des Landesguthaltstatistik von Elsaß-Lothringen für das  
Rechnungsjahr 1901 den zuständigen Ausschüssen und stimmte den  
mündlichen Berichten des III und IX Ausschusses über die Elsaß-  
Lothringern bestimmte Entwurfe eines Gesetzes betreffend die Kapital-  
steuer, eines Gesetzes betreffend die Lohn- und Besoldungssteuer und  
eines Gesetzes betreffend die Verwendung der Erträge der Kapital-  
steuer und der Lohn- und Besoldungssteuer sowie die Erhebung  
der Bezirkszuschläge zu. — Die sozialdemokratische  
Fraktion hat in der Berliner Stadtverordneten-  
versammlung folgenden Antrag eingebracht: Die Veramm-  
lung ersucht den Magistrat, mit ihr in gemüthlicher Deputation über Maß-  
regeln zur Herabminderung der Säuglingssterblichkeit  
in Berlin zu berathen. — Wie die „Berliner Wissensch. Corr.“  
von zuverlässiger Seite erfährt, erwartet man in den eingehenden

Freien, daß der Kaiser zu dem auf den 18. Januar fallenden 200jährigen Jubiläum des Königreichs Preußen eine allgemeine Amnestie für Strafen bis zu 6 oder 8 Wochen erlassen wird. — Der Gouverneur von Kantonen, Südsich, ist erplich erkrankt. — Der „Köln. Bzg.“ geht eine Erklärung aus London zu, wonach die von den „Depp. N. N.“ gebrachte Mitteilung, die De Beers Company betreffend, von der Gesellschaft selbst als von A bis Z erfunden bezeichnet wird. Die „Köln. Bzg.“ forchert des Weiteren den Prof. Gasse auf, die gegen das Blatt von der Reichstagsströmung aus geschleuderten Behauptungen und Verdächtigungen namentlich im Reichstage wieder zurückzunehmen. — Nachrichten aus dem Haag konstatieren, daß die Beförderung des Bestehens des Präsidenten Krüger eine weitere Ausgabe von Bullettins nicht mehr nötig erscheinen läßt. Die Hauptsache dürfte der gute Stand der Dinge in Südafrika bewirkt haben. — In Konstantinopel wurde ein Pestfall mit tödlichem Ausgang festgestellt. Der Sanitätsrath traf in seiner außerordentlichen Sitzung alle notwendigen Vorsichtsmaßregeln. — Der französische Staatsangehörige Mille, der in der vorigen Woche bei Smyrna von Briganten gefangen genommen wurde und für den die Porte ein Lösegeld von 1000 Pfund gezahlt hat, ist wieder in Freiheit gesetzt worden.

### Transvaal.

**Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz.** Der „Köln. Bzg.“ wird aus London gemeldet: Die südafrikanische Kriegslage verschlingt heute ausschließlich das allgemeine Interesse. Aus Kapstadt liegen massenhafte, aber verworrene und verwirrende Mittheilungen vor, deren Hauptgehalt der Eindruck ist, daß die dort herrschende Aufregung die Urtheilsfähigkeit und Zuverlässigkeit der Gewährsmänner stark beeinträchtigt. Die Nachricht von einem Gescheh eines Kapstädter Radfahrer-Corps mit den bariischen Vortruppen wird in einer neueren Reuter-Meldung als ungeträumt bezeichnet. Der englische „Sieg“ erschien auch recht zweifelhaft.

Von Dewet ist es in den englischen Telegrammen plötzlich ganz still geworden. Soviel steht jedenfalls fest, daß Krug, trotzdem er nach den amtlichen Berichten Dewet fortgesetzt auf dem Fuß folgte, dessen Spur verloren hat. Dewet scheint sich nach Uebergabe des Oberbefehls im Orange-Freistaat an Steijn in die Kapkolonie begeben zu haben, um hier persönlich die Massen-erhebung der Afrikaner anzubahnen. In ihrer Belegenheit, neue Soldaten für den Feldzug aufzutreiben, hat die englische Regierung einen Appell an die Schützenvereine gerichtet zur Entsendung von Freiwilligen nach Südafrika. Ritchener fordert sofort mindestens 25000 neue Soldaten aus England.

Gegen die vorbringenden Buren werden von den Engländern in der Ebene, welche sich vor dem Kap zwischen der Tafel-Bay und der Falke-Bay hinzieht, zur Zeit Schanzwerke errichtet. Die englischen Truppen halten die Gebirgspässe in den Piquetbergen besetzt und „werben“ den Buren, welche in zwei Kolonnen über Glanwilliam und Worcester oder Piquetberg heranziehen, hartes Widerstand leisten. Die südafrikanischen Bewohner der Gegend verhalten sich ruhig, doch schließt das nicht aus, daß sie im Geheimen die Buren unterstützen. Nach einer „Reuter“-Meldung aus Richmond wurde am Mittwoch eine englische Patrouille von 5 Mann von den Buren gefangen genommen. 40 Mann haben die Verfolgung der Buren aufgenommen. 2 Buren wurden getödtet, darunter der Kommandant, einer verwundet; 11 Pferde wurden erbeutet. Das Graaf-reinet wird ebenfalls vom Mittwoch gemeldet: Oberst Creussell verfolgt die Buren durch das gebirgige und schwer zu passirende Terrain. Seine Aufklärungsstruppen erhielten heute wieder Fühlung mit den Buren, die aber vor dem Herankommen der englischen Truppen wieder verschwand.

Schließlich meldet noch „Daily Mail“ aus Kapstadt: Die Kämpfe in der Kapkolonie werden wahrscheinlich mehrere Monate dauern. Die sofortige Erfüllung von Ritcheners Mindestforderung von weiteren 25000 Mann aus England ist notwendig. Die ausländischen Konsuln werden im Falle, daß in Kapstadt das Kriegerecht erklärt wird, den Ausländern Schutz gewähren. Der deutsche Konsul erläßt Identifikationszeugnisse, die erklären, daß der Inhaber namentlich der deutschen Regierung steht, um zu verhindern, daß er zum Militärdienst ausgehoben wird. Die andern Konsuln wollten Donnerstag eine Konferenz abhalten, um ihr Vorgehen zu erwägen.

Ueber schwere Kämpfe in Transvaal meldet Nord Ritchener aus Pretoria vom Mittwoch: Die Buren griffen gleichzeitig sämtliche britische Posten in Belfast, Wonderfontein, Kooitgedacht, Wildsfontein und Pan in der Nacht vom 7. Januar bei düstem Nebel an und wurden nach schweren Geschehen zurückgetrieben. Die Briten hatten 21 Tödt, darunter ein Hauptmann, und 62 Verwundete, darunter drei Offiziere. Die Buren ließen 24 Tödt zurück. Weiter wird gemeldet: Ein britischer Convoi wurde gestern nördlich von Krügersdorp von Burers Kommando angegriffen. Die Buren wurden zurückgetrieben und hatten elf Tödt, die Briten vier Leichtverwundete.

Zu Transvaal soll, nach dem Berichtshatter des „Standard“, Pietersburg, nördlich von Pretoria, gegenwärtig der Regierungslager der Buren sein. Die ausübende Gewalt habe Scholl Burger als Stellvertretender Präsident im Verein mit Lukas Meyer als Haupt des Eisenbahn- und Vontenoms und Kroghman — ein junger Mann von 22 Jahren — als Generalkommandant in Händen. Der nördlich von der Linie Mafeking-Rustenburg Pretoria-Romatipoort liegende Theil von Transvaal ist von den britischen Truppen noch kaum betreten. Von dort erhalten die Buren jetzt einen nicht unbedeutenden Zufluß.

Der niederländisch-südafrikanischen Eisenbahngesellschaft hat das holländische Gericht einen vorläufigen Zahlungsausschub bewilligt.

### China.

**Vom Chinawirrwarr.** Aus Peking wird dem „Berliner A.-N.“ telegraphirt: Nachdem namentlich die Bedenken, die seitens des chinesischen Hofes gegen die Forderungen der Mächte erhoben wurden, erledigt sind, wird angenommen, daß Prinz Tsching und Si-hung-tschang binnen wenigen Tagen das Protokoll unterzeichnen werden, das die formelle Annahme der Friedensbedingungen anspricht. Man erwartet aus Singapur die telegraphische Vollmacht für die chinesischen Unterhändler, das hier verwahrte kaiserliche Siegel zur Unterzeichnung benutzen zu dürfen. Ein englisches Blatt erhält ferner aus Schanghai die Nachricht, daß die militärischen Operationen nun eingestellt seien und Graf Waldersee, wenn keine neuen Bewidungen eintreten, vermutlich Ende März die Rückreise nach Europa antrete. — Beide Meldungen sind nichts als Vermuthungen. In Berliner amtlichen Kreisen hat man es wenigstens bisher aus guten Gründen unterlassen, über den vorläufigen Termin des Endes der militärischen Operationen und der Rückkehr des Grafen Waldersee auch nur Andeutungen zu machen.

Washingtoner Depeschen melden, daß der amerikanische Vorschlag, die Friedensunterhandlungen mit China sollten zum Theil in Washington gepflogen werden, nicht die Zustimmung aller Mächte gefunden habe, obwohl die amtlichen Antworten noch ausstehen. Rußland unterläßt den Vorschlag, aber Frankreich sei dagegen. Der Vorschlag der Briten meldete aus Berlin, Deutschland würde den Vorschlag wahrscheinlich ablehnen.

Der deutsche Gesandte Dr. Stamm v. Schwarzenstein übermittelte, nach einer Londoner Meldung aus Betung, den Wunsch,

daß Prinz Tsching, der jüngere Bruder des Kaisers Kwangshü, „ein intelligenter 17jähriger Jüngling“, als kaiserlicher Abgesandter nach Berlin geschickt werde. — Ein 17jähriger junger Mann, auch wenn es sich um den Bruder des Kaisers handelt, ist wohl kaum die geeignete Persönlichkeit für die Ausföhrung der in des „unwiderrüflichen Bescheides“ verlangten Mission.

Neue Urachen werden von den Ringgräbern her gemeldet. Darau haben, wie „Reuters Bureau“ aus Peking meldet, die Deutschen 2 Kompanien dorthin entsandt.

Der nach China gehende Refrakententransport für die deutsche Panserbivision ist ungefähr 900 Mann stark und wird von 12 Offizieren geführt.

Wie der russische Telegraphenagentur aus Peking vom 7. Januar gemeldet wird, ordnete der Kaiser von Rußland an, daß die seit einiger Zeit von der russisch-chinesischen Handelsverhandlung eingerichtete Verteilung von Reis an die Armen Peking während des ganzen Winters festgelegt werde. Gegenwärtig geschieht die Verteilung an vier Punkten der Stadt in einer Anzahl von mehr als 10000 Portionen täglich. Die russische Müßigkeit läuft lebhaft darauf hinaus, den Chinesen die Russen als wohlwollende Beschützer und Helfer erscheinen zu lassen; für die erwiesenen Wohlthaten werden sich die Russen schon bezahlt zu machen verstehen.

Demosntrationen chinesische Christen worden auch brennen, wie man der „Frankf. Bzg.“ aus Peking meldet, in der Provinz Tschili. Sie haben sehr „rühmliche“ Vorbilder in den europäischen Hanen gehabt. Der Telegraph nach Peking ist nach derselben Quelle an verschiedenen Stellen durchschnitten.

Die vorjährigen chinesischen Eolleinnahmen haben nach einer „Reuter“-Meldung auch Schanghai ein Defizit von vier Millionen Taels ergeben. Das Defizit ist niedriger, als erwartet wurde, da die ersten 6 Monate außerordentlich günstig waren. Ein leichter Aufschwung des Handels zu Ende des Jahres eröffnet im Allgemeinen hoffnungsvolle Aussicht.

## Lübeck und Nachbargebiete.

Freitag, den 11. Januar

**Eine öffentliche Versammlung,** einberufen vom hiesigen Gauvorstande des Verbandes der Fabrik-, Land- und Hülfsarbeiter findet am Sonnabend Abend 8 1/2 Uhr im großen Saale des Vereinshauses, Johannisstraße 50/52, statt. In derselben wird die Genossin Louise Biege aus Hamburg über „Judifferenzismus und Solidarität“ sprechen. Jedermann, insbesondere auch die Frauen und Mädchen, sind hierzu eingeladen.

Der Reichsverein hat sich gestern im kleinen Casino-saale von dem westfälischen Generalsekretär der National-Liberalen, Herrn Rupprecht-Dortmund, etwas erzählen lassen. Das Amtsblatt macht sich zu Beginn seines Berichtes über die offenbar nur mäßig besuchte Versammlung einer kleinen Verdröhung schuldig, indem es sagt, Angehörige aller politischen Parteien seien geladen gewesen und, mit Ausnahme der Sozialdemokraten, erschienen. Bekanntlich lautete die Einladung für „Angehörige aller bürgerlichen Parteien“, wir waren also ausgeschlossen, was uns angesichts der aus zahlreichen Artikeln Schweinburgs und der Nationalliberalen Correspondenz längst bekannten Rede nur lieb ist. Wir hätten sonst unnütz uns um die Nuße eines Abends gebracht. Wir wollen zur Erbauung unserer Leser das Speziell auf Lübeck Bezügliche wiedergeben. Nach den „Lüb. Anz.“ sagte der Referent: „Der Parteizersplitterung giebt es aller Duten gerade genug im großen deutschen Reiche; ihr ist es u. A. zu danken, daß Lübeck, diese alte Warte des liberalen Bürgerthums, im Reichstage durch einen Sozialdemokraten vertreten ist. (Lebhafte Zustimmung) War es vielleicht ein anmuthiges Bild, den Reichstagsvertreter Lübeds, dessen Flotte einst die nördlichen Meere beherrschte, auf Seiten der flottenfeindlichen Demagogie stehen zu sehen? (Zustimmung.) Für Lübeds bürgerliche Parteien, ob mehr oder weniger links und rechts, muß vor Allem die Parole gelten: „Seid einig, einig, einig!“ (Bravo) damit der Herrschaft der Bogerfreunde ein Ende bereitet werde.“ — Rupprecht-Dortmunds scheint recht ortsunkundig zu sein, sonst hätte er nicht so tödlich geredet. Einig — zu dem Zwecke hat man wohl jüngst erst, wie bei unterschiedlichen anderen Anlässen, die hiesige Freisinnige Volkspartei in ihrem Führer durch das nationalliberale Blatt gassenjungenmäßig anpöbeln lassen? In Lübeck mögen die Nationalliberalen Feuer fressen, der Wahlkreis gehört der Sozialdemokratie!

Eine sehr interessante Wahrnehmung, welche unsere Herren Kaufleute in eine famose Verüstung rückt, thilt der hüfige Mitarbeiter des „Hamb. Cour.“ mit, welcher schreibt: „Was den Elbe-Trade-Kanal betrifft, so ist zu dem Bericht (der Handl. Kammer. D. N. d.) zu bemerken, daß durch die Herabsetzung der Waggontarife seitens der Lübeck-Büchener Eisenbahn die letztere die Konkurrenz des Kanals ziemlich aus dem Felde geschlagen hat. Eine Anzahl hiesiger großer Firmen, die täglich eine und mehrere Waggonladungen von Hamburg beziehen, sind durch die herabgesetzte Bahnfracht, wenn diese auch noch etwas höher ist als die Kanalfracht, wieder zur Bahn zurückgekehrt und beziehen ihre Waaren durch diese, angeblich nur deshalb, weil die Beförderung eine promptere, schnellere, und die Abnahme der Waaren eine bequemere ist. Dies müßte unserer Kanalbehörde und namentlich auch der Handelskammer zu bedenken geben. Für unsere Kaufleute und namentlich für die Großkaufleute ist der Kanal doch in erster Linie gebaut, es müßten also auch Einrichtungen geschaffen werden, die die Beförderung auf dem Kanal gegenüber der Bahn bevorzugen, schon aus dem Grunde, weil der Kanal ein staatliches und die Bahn ein privates Unternehmen ist. Wird auch wie zu hoffen steht, mit der Zeit der Verkehr zwischen Lübeck und Hamburg und umgekehrt, nur einen kleinen Theil des Gesamtverkehrs auf dem Kanal ausmachen, so ist doch immer Gewicht darauf zu legen, daß dieser keine

Theil erhalten bleibt und die daraus resultirende Einnahme nicht entgeht. Andererseits wäre es auch erwünscht, daß solche Kaufleute dem Kanal ihr Wohlwollen bezeugten.“

**Nationalsoziale Versammlungen** finden statt am Dienstag Abend in Ahrensböck im „Hotel Germania“, am Mittwoch Abend in Eutin bei Paul Schröder. Referent ist Herr von Gerlach, welcher über „Die Nationalsozialen und die politische Lage“ resp. über „Die Nationalsozialen und die anderen politischen Parteien“ spricht.

Der Arbeiter-Turnverein Lübeck, welcher mit einer Mitgliederzahl von 160 seine Thätigkeit im neuen Jahre beginnt, beschloß in seiner am 9. d. Mts. abgehaltenen Generalversammlung, außer der schon bestehenden Männer-, Frauen- und Jünglingsabtheilung auch eine Schülerabtheilung zu gründen. Die Männerabtheilung besteht aus Mitgliedern über 18 Jahre, die Jünglingsabtheilung aus Lehrlingen bis zu 18 Jahren, die Frauenabtheilung aus Mitgliedern über 14 Jahre. In die neugegründete Schülerabtheilung finden Aufnahme Knaben nach Vollendung des achten Lebensjahres. Die Turnstunden finden statt in der Turnhalle Johannisstraße 63 und zwar Dienstags und Freitags Abends von 6—8 Uhr. Der monatliche Beitrag beträgt 20 Pf. Zur Leitung des Turnens haben sich zwei ältere Mitglieder bereit erklärt. Die Uebungen werden voraussichtlich noch im Laufe dieses Monats beginnen. Näheres wird durch Inserat bekannt gegeben. — Wir können es den Arbeitern, die es ermöglichen können, nur dringend empfehlen, ihre Jungen an diesen den Körper schmeidigenden und stählenden Uebungen theilnehmen zu lassen, zumal die sachverständige Leitung erfahrener Turner für die nötige Aufsicht und Sicherheit vollaufbürgt. Dem Arbeiter-Turnverein wünschen wir, daß sein löbliches Bestreben von Erfolg gekrönt sein möge!

Der sozialdemokratische Verein hielt am Montag im Vereinslokal eine gutbesuchte Mitgliederversammlung ab. Die Abrechnung vom 4. Quartal 1900 ergab bei 1301,15 Mt. Einnahme einen Bestand von 569,70 Mt. Die Mitgliederzahl belief sich auf 1342. Die Abrechnung von der Schlußfeier ergab bei einer Einnahme von 297,55 Mt. einen Ueberschuß von 4,70 Mt. Dem Ver-trauensmann wurden 550 Mt. überwiesen. Im Februar sollen Unterhaltungsabende stattfinden, deren Arrangement dem Vorstande überlassen wurde.

Schiffendiebstahl verriichten in der Zeit vom 12.—24. Januar der Kaufmann E. Cantor und der Kaufmann L. O. D. Hahn.

-o- Das stille Dorf, eine neue dreitägige Oper von Alexander von Fielsig, dem in Lübeck in weiten Kreisen bekannten Komponisten, wurde gestern Abend zum ersten Male im hiesigen Theater aufgeführt, nachdem sie bereits anderswo, in Bremen und noch einigen anderen Städten, erfolgreich gegeben worden ist. Die Musik der Oper ist melodisch und nicht ohne Schwung und beweist, ein wie starkes Talent Fielsig besitzt, zugleich aber auch, daß seine Stärke in der Oper beruht. Der Text der Oper rührt von Max Kalbesher, dem bekannten Breslau-Wiener Musik-Schriftsteller und ist nach einem Baumbach'schen Märchen bearbeitet. Die Aufführung ließ leider mehrfach zu wünschen übrig und läßt sich am besten als ein „Versuch mit untauglichen Mitteln“ bezeichnen; einigermaßen gut schnitten noch Ludwig Wiedemann (Bürgermeister), Emma von Ahren (Selene) und Jlie Linden (Katharina) ab, während Paul Mäyer, der die Hauptrolle, den fahrenden Schaller und Baumeister Erwin sang, in Gesang, noch mehr aber in der Darstellung, sehr zu wünschen übrig ließ und auf die letztere kommt es gerade bei dieser Oper sehr viel an. Infolgedessen erzielte das Werk Alexanders von Fielsig auch nur einen sogenannten Achtungserfolg, trotz der redlichen Bemühungen des Orchesterleiters unter Balling. Wir behalten uns vor, noch ausführlich auf die Opernnotizen zurückzukommen.

\* Holzverkauf. Am Donnerstag, den 17. Januar d. Js., Vormittags 10 1/2 Uhr, sollen aus dem Forstrevier Waldhusen im Wall'schen Gasthause dabeist öffentlich meistbietend verkauft werden 2 Rmr. Eichen Knüppelholz, 56 Rmr. agf. Buchen Knüppelholz, 75 Rmr. Nadelholz, Kist und Knüppelholz, 116 Hufen agf. Buchen- und Nadelholz Busch, 38 Cavel. Fichten Schlette à 25 Stk., 12 Cavel. Fichten Reiterbäume à 8 Stk., 1 Cavel. Fichten Hochreutungen à 50 Stk.

Zu dem Prozeß der Post- und Telegraphen-assistenten gegen den Reichspostfiskus (Abrecht und 140 Genossen in Hamburg) hat der Reichspostfiskus gegen das zu Gunsten der Kläger lautende Urtheil des Hanseatischen Oberland.sg.richts Revision beim Reichsgericht eingelegt.

**Kleine Chronik der Nachbargebiete.** Das Altonaer Schwurgericht verurtheilte den geistig etwas beschränkten Schmiedegesellen Kramer zu 4 Monaten Gefängnis, weil er eines Tages einen Schaffensboden auf die Säbienen der Kaltentrichter Spurbahn gelegt hatte. Dagegen brach es den Eisenbahnschaffner Vukorff von der Anlage der Föschung einer öffentlichen Urkunde frei. A. sollte dem Grafen Kanagan-Kostoff, als dieser einen Dug nach Berlin benutzte, eine von ihm gefällte Platzkarte zu 2 Mt. verkaufen haben. — Das Kriegsgericht der 1. Kavallerie-Inspektion in Kiel verurtheilte den Matrosen Knieriem wegen unerlaubten Entfernens vom Schiffe, groben Unfugs, Widerstandes usw. zu 2 Jahren 3 Monaten, den Obermatrosen Matkhaei desgleichen zu 2 Monaten, einen dritten Matrosen aus demselben Anlaß zu 7 Wochen Gefängnis. Die Heizer Ohlenbach und Kohde wurden, weil sie trotz Verbotes eine Pinasse zum Geträuholen benutzten und für 600 Mt. Schaden angerichtet, zu 6 Monaten bzw. 4 Monaten 2 Tagen Gefängnis verurtheilt. — In Rastebüll bei Bredstedt fiel der behärrte Landmann Martin Johannesen so unglücklich von einer Bodenleiter, daß er seinen Verletzungen erlag. — Die Bremer Bürgerchaft wählte zum Vorsitzenden den Großkaufmann Th. Gruner.

**Kiel.** Wir klagen an! Den wichtigen Angriff unseres Parteiorgans wehrt die wadelsträupferlich freisinnige, augenblicklich stark mit Pfarrer Naumann lieb-ügelnde „Kieler Bzg.“ mit folgenden Worten ab: „Wenn die Stadt den Versuch machen wollte, als Wohnungvermieter aufzutreten, so würde die private Unternehmungslust sofort völlig lahm gelegt werden. Die Stadt kann und muß Wohnungen für ihre Arbeiter und Angestellten bauen, sie muß die Baugenossenschaften kräftig unterstützen, auch dafür Sorge tragen, daß für den Bau mittlerer und kleinerer Wohnungen das Baugewerbe zu

niedrigen Preisen abgegeben werden kann. In der Hauptsache hat Herr v. Miquel das richtige Wort gesprochen, ohne Selbsthilfe ist der Wohnungsknoth nicht zu steuern. — Der Agrarier Miquel denkt bekanntlich anders, als der „Arbeiterfreund“ Miquel, der Kleriker aber gefällt er, sintermalen er so hübsch feierlich auf St. Manchester schwört, den Schutzpatron der Hausagrarier!

**Köln.** Ein feingebildeter Mann war es jedenfalls, der Herr Stagemann aus dem Ufingland, den der „Bund der Landwirthe“ am Sonntag in Biehlendorf bei Sültrow vor 3 Bauern und 9 Tagelöhnern sprechen ließ. Er meinte, es sei die höchste Zeit, daß die Landleute ihre Lage verbesserten. Den mecklenburgischen Arbeitern wäre noch keine Noth anzusehen, sie wären alle gut bei Leibe. Nur den Landwirthen ging es sehr traurig; am liebsten nähme jeder von ihnen selbst wieder Schaufel und Forke in die Hand und ging als Bohrarbeiter, wenn nur nicht noch so viele vom Hochmuthsdünkel befallen wären! Und so weiter, wie man's bei den agrarischen Redeautomaten kennt. Als ein Arbeiter wegen der geplanten Brodvertheuerung interpellirte, behauptete Rußjoh Stagemann, dem wolle der Bund gerade durch Verschneidung des Zwischenhandels verhelfen. An diese herrliche mittelständische Phrasen knüpfte er dann das herrliche Bonmot, in Berlin wären manche Leute so faul und sitzen sich 4 Treppen hoch Fleisch und Backwaare frei in's Haus bringen und hinterher schimpfen sie dann, daß alles so theuer wäre! Sie müßten eben selbstverständlich ihre Faulheit mit bezahlen! Als ein anderer Arbeiter darauf hinwies, daß Rentenrätel sammt seinen Untergebenen für Prügeln Strafe schwärme, erklärte der Redner, auch er sei dafür, denn sie solle nur bei thierisch rohen Verbrechen der Abschreckung wegen angewandt werden. Als man den bekannten Ausspruch des Gefängnisinspektors Röhne von der gegenwärtigen Wirkung zitierte, mußte er nicht zu erwidern. Als ihm ein Arbeiter dann noch mit einigen Artikeln der

„Medl. Volksztg.“ von wegen Beschränkung der Freizügigkeit zu Leibe rückte, daß die Agrarier billiges Menschenfleisch importiren wollten, meinte er, das wäre „lauter Wisz“ von den Segnern; er ergriff die „M. d. Volksztg.“, drehte den Arbeitern den Rücken zu und sagte: „das ist ja ein ganz rothes Blatt, das ist gut, sich den Hintern damit zu wischen“, worauf ihm prompt erwidert wurde: „so habe ich es schon lange mit der „Deutschen Tagesztg.“ gemacht!“ Noch eine ganze Reihe solcher Weisheiten und Feinheiten produzierend meinte er endlich, die Landarbeiter beäßen das Koalitionsrecht ebensogut wie die Industriearbeiter, wofür er weidlich ausgelacht wurde. — Hoffentlich stellen die Landarbeiter den agrarischen Benützen überall so gut beschlagene und herzkaste Widersacher.

**Bremen.** Meistrust und Handlungsgehilfen. Ein Kaufmann schreibt der „Bürger-Ztg.“: „Wie ein Blitz aus heiterem Himmel hat die Konopolisirung des Reishandels in die Bremer Handelswelt eingeschlagen und eine ganze Reihe Firmen mit ihren Angestellten um ihre Existenz gebracht. Die Konzentration des Kapitals, wie sie sich wieder einmal in der Gründung des Reishandels in ihrer ganzen rücksichtslosen Praxisthätigkeit zeigt, hat seit langer Zeit in den theilhaftigen zwischenhändlerischen Kreisen nicht solche Verheerungen angerichtet, wie augenblicklich in der Reishandelsindustrie. Die sogenannte „zweite Hand“ hat schon seit Jahren mit geschäftlichen Misere zu kämpfen gehabt, ihr Umsturz ist von Jahr zu Jahr kleiner geworden, und nur mit Mühe war es ihr möglich, sich über Wasser zu halten. Nun ist ihr Untergang besiegelt, denn das Großkapital jagt sie vollends auf, sie hat ihre Rolle ausgespielt. So will es die privatkapitalistische Wirtschaftsweise. Es ist ein notwendiger Entwicklungsprozess, der sich da abspielt, ganz dem Wesen des Kapitalismus entsprechend, und Mancher, der noch vor kurzem unsere göttliche Weltordnung über's Sonnenlicht gepriesen hat, ist lebend geworden. Der Große frisst den Kleinen, — dieser alte

Satz bewährt sich wieder einmal ganz vortrefflich im Handel. Das Kapital kennt nur einen Grundsatz: Mehrwerth schaffen, mögen auch noch so viele dabei auf der Strecke bleiben. Die bremischen Reismäcker haben durch den Verkauf der Waare an die hiesigen Händler selber ihr gutes Ankommen gehabt, jetzt sind sie überflüssig geworden, denn das Reishyndikat will in Zukunft alles selbst besorgen und den Reis direkt an die inländischen Händler abgeben. Die vielen Angestellten der hiesigen Verkaufshäuser — darunter viele verheiratete Leute — fliegen unarmherzig auf's Straßenpflaster, denn die betreffenden Kontore haben für sie keine Arbeit mehr. Mögen sie sehen, wie sie fertig werden! Möglich, daß das Reishyndikat einige von ihnen bei sich unterbringt, aber wir möchten wissen, unter welchen Hungerlöhnen. Denn diese Leute kennen nur den Reiskartell und sind gezwungen, ihre Arbeit schließl. um jeden Preis loszulassen. Wir möchten das Feilschen des Syndikats beim Engagement dieser Armen sehen! Manche davon, wohl die meisten, werden die industrielle Reservarmee bevölkern, denn, wo ein Unterkommen finden bei den jetzigen unsicher werdenden Zeitverhältnissen? Die großkapitalistische „Weser-Zeitung“ schreibt sehr freundlich von ihnen: „Sie werden ein Opfer der Zeitverhältnisse, wie es manche andere im Laufe der Jahre geworden sind, aber ihr Geschick läßt sich nicht ändern!“ Wir nehmen hiervon dankend Notiz, und auch die Handlungsgehilfen werden wissen, woraus sie sind. Dieses „ihr Geschick läßt sich nicht ändern!“ spricht Bände. In der That, es ist so: Die Handlungsgehilfen sind längst wahrrechte Proletarier geworden, und wer noch gezwweifelt hat, der lasse sich durch die Vorgänge, die sich augenblicklich im Reishandel abspielen, belehren! — Möchte der Schreiber Recht behalten, möchten vor allem die Handlungsgehilfen lernen aus diesen verkäuflichen Worten eines zur Einsicht gelangten Berufsgenossen!

**Dankagung.**

Sage allen Verwandten und Kollegen für die reiche Theilnahme und Kranzspende bei der Beerdigung meiner Frau sowie Herrn Pastor Becker für die trostreichen Worte meines tiefgefühlten Dank.

**Fritz Krabbe.**

Zum 1. April e. Wohnung zu verm. (Mühlenthor), 2 Zimmer, Küche und Zubehör. Näheres in der Exped. d. Bl.

Zu vermieten ein Zimmer für einen jungen Mann oder junges Mädchen, per Woche 2 Mk. Reichsauer Allee 50a, part.

Gesucht zum 1. April eine Wohnung vor'm Hofenthor von 3-5 Zimmern im Preise von 180-220 von ruhigen Leuten. Off. n. D. H. an die Exped. d. Bl.

**Zu Otern ein Lehrling**

für meine Selbwaren- u. Maschinenfabrikation. Kost und Logis im Hause.

**E. Hirschkorn, Sandstraße 20.**

Eine Frau gesucht zur Pflege einer Kranken. Bismarckstr. 78.

Wegen anderweitigem Unternehmen zu verlaufen zum 1. April eine sehr gut erhaltene Ladeneinrichtung mit Kaffeemühle und Blödlampe billig. Lindenstraße 35 b.

**Gefunden ein Bettlaken.**

Abzuholen Reiterstraße 38. I. Et.

**Gute Cigarren**

100 Stück 2,90 Mk. Mittlere Johannstraße 17-19.

Für den Winterbedarf

**Brennholz, Bohlenenden.**

Th. Kruse, Unt.-L. 60.

**Allerfeinste**

**Tafel-Butter**

(täglich frisch) Pfund Mk. 1.30

II. Sorte Mk. 1.20

empfeht **Th. Storm, Königsstr. 98.**

Tilsiter Bruchkäse 25, 30, 40 Pfg.

Echte Limburger Käse Stück 30 und 40 Pfg.

Alten Holsteiner Büttenkäse Pfd. 30 Pfg.

Oben Sandstraße 10. **Haus Wegener.**

**Eine Partie Mettwurst**

Pfd. 50 u. 60 Pfg.

**W. Schnitz, 10. Hans Wegener.**

Empfehle:

Prima Kalb-, Schewe-, Hammel- und Kalbleisch

zu den billigsten Tagespreisen.

**F. Block, Ludwigstraße 37.**

Markthallenstand Nr. 34 und 35.

Prima Rindfleisch à Pfund 45 Pfg.

Bratenstücke Pfd. 50 Pfg.

Kalbsteck Pfd. 40 Pfg.

empfeht **D. Kaben, Reiterstraße 67.**

**Geschäfts-Gröpfung.**

Einem geehrten Publikum von Lübeck und Umgegend die ergebene Anzeige, daß ich am Sonntag den 12. Januar im **Fünfhausen Nr. 7** eine Filiale meines

**Special-Käse- u. Fettwaarengeschäftes**

eröffne. Für das mir bisher in so reichem Maße geschenkte Vertrauen bestens dankend, bemerke, daß ich durch meine direkten Einkäufe in die Lage gesetzt bin, nur gute und reelle Waare zu soliden Preisen liefern zu können und bitte, auch ferner mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen. Hochachtungsvoll

**Friedr. Koop**

Glückengießerstraße 31 und Fünfhausen 7.

**Neu eröffnet!**

**Fettwaaren-Kaufhaus**

**J. Dircks**

**Sandstrasse 26.**

Vitello-Margarine per Pfund 70 Pfg.

Hochf. Holl. v. d. Bergh's Margarine p. Pfd. 50, 54, 56 u. 60 Pf.

Bei jedem Pfund ein Teller gratis.

Hochfeine Leberwurst, per Pfund von 40 Pfg. an.

Hochfeine Mettwurst, per Pfd. von 70 Pfg. an.

Käse, per Pfund von 30 Pfg. an.

Weitere Preise siehe Schaufenster.

**Frisches Kopffleisch**  
und  
**Bratwurst**  
auch  
**Bratenschnitz**  
à Pfd. 40 Pfg.  
empfeht **Aug. Scheere**  
Thüringer Wurstfabrik.

Empfehle:  
Pa. fett. Fleisch, schöne Bratenstücke, täglich frisch gebacktes u. Schinkensteak, Kalbleisch u. verschiedene Wurstsorten. Sonntags von 5 Uhr an:  
**Warme Quackwurst.**

**Johs. Fischer**  
Engelstwich 52,  
dicht bei der Drehschle.

Soeben erschienen:  
Die  
**deutsche Gewerkschaftsbewegung.**  
Von C. Legien. Preis 20 Pfg.  
Die **Genossenschaftsbewegung.**  
Von A. v. Elm. Preis 20 Pfg.  
**Von Gotha bis Wyden.**  
Von J. Auer. Preis 20 Pfg.  
Zu beziehen durch die  
Buchhandlung von **Friedr. Meyer & Co.**  
Johannisstraße 50.

**Pa. jung. Suppenfleisch**  
sowie ausnahmsweise  
**schöne Bratenstücke**  
und von 5 Uhr an:  
**Heiße Quackwurst**  
empfeht  
**Herm. Dose, Hundestr.**



**Großer Extraball**

als Benefiz für den Kassirer des Club Kranken- und Sterbekasse „Fidelitas“

am Sonntag den 13. Januar 1901

in der Tiboli-Halle.

Totalöffnung 5 1/2 Uhr. Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.

Eingang 3 werbereinsaal.

Fremdenpreis 60 Pfg., eine Dame frei.

Zu diesem meinen Vortheilsabend lade hiermit alle meine werthen Freunde und Gönner ganz ergebenst ein.

Achtungsvoll **Franz Callies.**

**Auf! Eilt! Schnell!**  
zum  
**Circus Variété**  
Nur noch  
**wenige Tage**  
das herrliche Specialitäten-Program.  
Anfang des Concerts 7 1/2 Uhr.  
Der Circus ist geheilt.  
Sonntag  
2 Pracht-Vorstellungen.  
Um 4 Uhr  
**Kinder-Freuden-Vorstellung**  
**2000 Stück**  
Berliner Pfannkuchen werden an die Kinder vertheilt.  
In 10 Pfannkuchen befinden sich je 1 Mark in echtem Silber.

**Stadt-Theater.**

Sonabend den 12. Januar 1901:  
(102) 22. Vorstellung außer Abonnement.  
Schüler- und Volksvorstellung  
bei kleinen Preisen.

**Der Probekandidat.**  
Sonntag den 13. Januar.  
**Das stille Dorf.**

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verantwortlich für die Abtheilung „Lübeck und Umgegend“ und die mit A. K. bezeichneten Artikel und Notizen: August Reich. — Druck: Theod. Schmidt. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Einmalige in Lübeck.

## Der Bericht des Lübecker Fabrikinspektors für das Jahr 1899.

(Fortsetzung.)

### C. Arbeiter im Allgemeinen.

Laut polizeilicher Nachweisung betrug die Zahl sämtlicher Arbeiter in hiesigen Fabriken am 1. Juli 1899 4904 gegen 4290 am 1. Juli des Vorjahres, es hat demnach eine Zunahme von 614 oder 14,31 Proz. stattgefunden, die sich im Allgemeinen auf Gruppe IV (Industrie der Steine und Erden), VI (Maschinen, Instrumente, Apparate), XII (Industrie der Holz- und Schnitzstoffe) und XIII (Nahrungs- und Genussmittel-Industrie) erstreckt.

Die Arbeiterbewegung gestaltete sich im Laufe des Berichtsjahres folgendermaßen; es arbeiteten:

Datum	Fabriken	männl.	weibl.	Summe der Arbeiter
1. Januar 1899	134	3 612	766	4 378
1. April 1899	135	3 740	792	4 532
1. Juli 1899	136	4 106	798	4 904
1. Oktober 1899	135	3 990	791	4 781
1. Januar 1900	137	3 760	793	4 553

Das Verzeichnis nach § 105 c Abs. 2 der R.-O.-D. wurde auf Wunsch stets vorgelegt und in Ordnung befunden. Ausnahmen nach § 105 c Abs. 4 und nach § 105 f sind nicht beantragt worden. Zutwiderhandlungen gegen gesetzliche Bestimmungen des § 115 ff. sind nicht ermittelt.

Zur Aushängung von Arbeitsordnungen, von denen 4 neu aufgestellt wurden, waren im Berichtsjahre 51 Fabriken verpflichtet.

Größere Ausstände sind im Berichtsjahre nicht zu melden.

Der Streik in einer Cigarrenfabrik, dessen der Bericht von 1898 schon Erwähnung thut, und welcher vom 1. Nov. 1898 bis 31. Januar 1899 dauerte, wurde dadurch beendet, daß die betr. Firma den größten Teil ihrer Fabrikation an einen andern Ort verlegte.

Die Feier des 1. Mai bewirkte Differenzen in einigen Betrieben der Metallbranche, indessen kam es nicht zu einem Streik, da die Beilegung der Zwistigkeiten in wenigen Tagen erfolgte.

Ueber eine Wöthcherei, welche keine organisierten Arbeiter beschäftigte, wurde die Sperre verhängt.

Ueber die Organisation der Arbeiter ist das Nachstehende zu melden:

Die Zahl der ortsanwesenden Mitglieder des Holzarbeiterverbandes hat im Berichtsjahre 360 betragen. Die hiesige Zahlstelle des Zimmererverbandes zählte Ende 1898 267, die des Deutschen Metallarbeiterverbandes 52 Mitglieder. Der Deutsche Metallarbeiterverband hatte in der Zahlstelle Lübeck am Schlusse des Berichtsjahres 620 Mitglieder. In Schlutup und Travemünde wurde im 4. Quartal 1899 eine Zahlstelle der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter neu gegründet.

Von den Mitgliedern des Kartellverbandes der hiesigen Gewerkschaften ist über die Errichtung eines Arbeiterssekretariats abgestimmt. Die Abstimmung hat das Ergebnis gehabt, daß der Antrag auf Errichtung des Sekretariats abgelehnt ist.

Unter den 3188 Personen, denen durch den Arbeitsnachweis der „Bauhütte“ Arbeit nachgewiesen wurde, befanden sich 1443 Arbeiter, 874 Maurer, 589 Zimmerer, 205 Bautischler, 59 Möbeltischler, 7 Tapezierer, 10 Drechsler und 1 Bildhauer.

Der Arbeitsnachweis für Bäckergehilfen hat im Laufe des Berichtsjahres 400 Personen Arbeit nachgewiesen. Der Arbeitsnachweis des Vereins der Metallindustriellen Lübecks wies für das Berichtsjahr nach-

stehenden Verkehr auf: Es meldeten sich 10 001 Arbeiter. Davon wurden eingestellt 3 597. Pro Tag verkehrten im Bureau durchschnittlich 137 Personen. Von den Arbeitssuchenden waren 6 612 Lübecker und 3 889 Fremde. Von den Eingestellten waren 2 313 Lübecker und 1 284 Fremde.

### III. Schutz der Arbeiter vor Gefahren.

#### A. Unfälle.

Die Gesamtzahl der Unfälle ist gegen das Vorjahr nicht gestiegen. Die meisten Unfälle sind noch immer darauf zurückzuführen, daß bei dem häufigen Wechsel des Arbeitspersonals die Arbeitgeber sehr oft in die Lage kommen, Leute einstellen zu müssen, die mit der Einrichtung und dem Betrieb der Maschinen nicht genügend vertraut und daher eher als die mit den Maschinen vertrauten Arbeiter der Gefahr einer Verletzung ausgesetzt sind.

Auf diese Ursache ist auch die Zahl der schweren Unfälle zurückzuführen, die von 10 im Vorjahre auf 29 im Berichtsjahre gestiegen ist und unter denen 6 Unfälle einen tödlichen Ausgang nahmen.

Dem Berichterstatter wurden im Laufe des Berichtsjahres vom Polizeiamt 55 Aufforderungen zur Teilnahme an Untersuchungen überhandt (gegen 50 im Vorjahre), die alle im Polizeiamte erledigt wurden. Da bei einer Durchschnittszahl von 4 900 Fabrikarbeitern 55 Unfälle unterzucht sind, ergibt sich ein Prozentsatz von 1,12 gegen 1,16 Proz. des Vorjahres.

Vergleicht man die Gesamtzahl der in den einzelnen Gruppen am 1. Juli beschäftigten Arbeiter mit den in diesen Gruppen zur Untersuchung gelangten Unfällen, so ergeben sich folgende Prozentzahlen:

Gruppe	Arbeiter	Unfälle	Proz.
IV	488	3	0,61
V	1151	10	0,87
VI	1 661	17	1,03
VII	39	—	—
VIII	87	—	—
IX	1	—	—
X	29	1	3,45
XI	16	—	—
XII	721	14	1,94
XIII	624	9	1,44
XIV	142	—	—
XVI	58	1	1,72

Im Ganzen wurden nach Angabe des Polizeiamtes aus Fabriken Unfälle angezeigt 408, unterzucht 201, davon 23 schwere Unfälle, außerdem 6 Unfälle mit tödlichem Ausgang. Diese 29 schweren Unfälle ergeben bei 4 900 Fabrikarbeitern 0,59 Proz. gegen 0,23 Proz. im Vorjahre.

Die 23 schweren Unfälle betrafen: Fingerverwundung 6, Leistenbruch 4, Verlust eines Fingers 2, Brust- und Rückenverletzung 2, Handquetschung 2, Brustquetschung 1, Fußverletzung 1, Kniegelenkverletzung 1, Kopfverletzung 1, Schenkelbruch 1, Schulterverstauchung 1, Quetschung des Oberschenkels und Unterleibes 1.

6 Todesfälle wurden herbeigeführt und zwar durch Sturz von einer Treppe, Abwerfen von Brettern, Blutvergiftung, Quetschung im Kollergang, Ertrinken, Kopfverletzung.

Dem hiesigen Polizeiamt wurden während des Berichtsjahres im Ganzen 883 Unfälle, gegen 847 des Vorjahres angezeigt, die sich in den hiesigen unfallversicherungsrechtlichen Betrieben mit Ausnahme der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe und der Baudeputation ereignet hatten. Von diesen wurden für 26 Berufsgruppen 326 Unfälle oder 36,9 Proz. unterzucht, die alle leichte Verletzungen betrafen. Diese Unfälle verteilen sich für die einzelnen Berufsgruppen wie folgt: Nordw. Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft gemeldet 253, unterzucht 142; Hamburger Bau- und Gewerkschaftsgenossenschaft 139, (38); Privatbahnberufsgenossenschaft 113, (10); Expedition-, Speisereisberufsgenossenschaft 104 (41); Norddeutsche Holzberufsgenossenschaft 69, (22); Nahrungsmittelberufsgenossenschaft 32, (12);

Tiefbauberufsgenossenschaft 20, (18); Fuhrwerksberufsgenossenschaft 25, (5); Chemische Industrieberufsgenossenschaft 19, (12); Brauerei- und Mälzereiberufsgenossenschaft 17, (2); Fleischerberufsgenossenschaft 13, (4); Gas- und Wasserwerksberufsgenossenschaft 10, (—); Rheinisch-Westfälische Maschinenbau-berufsgenossenschaft 9, (1); Buchdruckerberufsgenossenschaft 8, (3); Papierverarbeitungsberufsgenossenschaft 7, (3); Ziegelei-berufsgenossenschaft 6, (5); Mülereiberufsgenossenschaft 6, (2); Edel- und Uedelmetallberufsgenossenschaft 4, (—); Straßenbahnberufsgenossenschaft 4, (—); Sächsisch-Thüringische Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft 3, (2); Feinmechanikerberufsgenossenschaft 3, (1); Brennerberufsgenossenschaft 3, (1); Elbischiffahrtsberufsgenossenschaft 2, (1); Lederindustrieberufsgenossenschaft 2, (—); Bekleidungsberufsgenossenschaft 1 (—); Töpferberufsgenossenschaft 1, (1).

Die Verhändlungen wurden durchweg in gebrauchsfähigem Zustand befunden.

Die Revisionen gaben in 5 Fällen Anlaß zur Herstellung von Einrichtungen zur Abwehr von Gefahren und Verletzungen, und zwar in: 2 Fällen an Treppen, je 1 Fall an Aufzügen, Schwungradern, Klosets. Gegen behördliche Vorschriften wurden 3 Zuwiderhandlungen gefunden. Unfälle von besonderer Bedeutung für die Unfallverhütung sind in hiesigen Betrieben nicht vorgekommen.

Auch im Berichtsjahre ist das Verhalten der Arbeitgeber in Bezug auf die Beseitigung von Unfallgefahren und die Verhütung von Unglücksfällen lobend anzuerkennen.

Die Herstellung einer hervorragenden Schutzvorrichtung an Kurbelpressen ist der hiesigen Blechemballagenfabrik von Fr. Ewers u. Co. gelungen, die in Patentschrift Nr. 104135 der Klasse 58 (Pressen) folgenden Patentanspruch erhielt: „Eine Schutzvorrichtung an Kurbelpressen mit von einer Motorauslösung abhängigen, durch den Arbeiter betätigten Preßstößelbewegung dadurch gekennzeichnet, daß von dem die Auslösung bewirkenden Gestänge durch Hebel ein Arm gegen den Tisch bewegt wird, so daß die Auslösung nicht stattfinden kann, wenn durch einen Gegenstand der volle Niedergang des Armes verhindert wird.“ Durch diese Schutzvorrichtung sind Finger und Hand des Arbeiters vollkommen geschützt. Befindet sich der Arbeiter mit den Fingern zwischen den eingepaßten Schritten, so verhindert die Schutzvorrichtung das Einrücken der Presse.

B. Gesundheitsschädliche Einflüsse. In diesem Berichtsjahre sind durch Erweiterung der Arbeitsräume, durch Vergrößerung der Werkstätten, durch bessere Platzbeleuchtung u. dergl. gesundheitsschädliche Einflüsse von den Arbeitern mehr wie bisher fern gehalten worden, obgleich im hiesigen Aufsichtsbereich besonders gesundheitsschädliche Betriebe nicht bestehen. Den Vorschriften zur Verhütung der Milzbrandgefahr, welche am 1. Juli in Kraft getreten sind, ist auch im hiesigen Aufsichtsbereich die Wurstindustrie nachgekommen. (Schluß folgt).

## Soziales und Parteileben.

**Streiks und Lohnbewegungen.** In der Metallwaarenfabrik von Seyffertz in Altenburg ist wegen vorgenommener Maßregelung ein Streik ausgebrochen. Im Ausstand befinden sich, wie uns von dort geschrieben wird, über 100 Mann. Die Streikenden verlangen nunmehr auch die Beseitigung von Mißständen, die in der Fabrik seit langer Zeit sich schon sehr unliebsam bemerkbar gemacht haben. — Zur Beilegung der Differenzen in der Berliner Holzindustrie wird nunmehr seitens der Arbeiter das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen werden, da die Verhandlungen vor der Schlichterkommission in Folge des prozesshaften Verhaltens der Zünngemeinschaften resultatlos verliefen. Die Zünngemeinschaften unter Anderem, die Organisation der Arbeitgeber sei jetzt stark genug, um auch einmal mit ihren Bedingungen

## Im Banne der „göttlichen“ Weltordnung.

Roman aus der Gegenwart von W. Braunsdorf.

(18. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Ost hatte sie Worte bitteren Tadel für ihn und seine Ideen, die er zu offener und freimütig kundgab, die ihm, wie sie stets betonte, unglückbringend sein würden für das ganze Leben. Dann durchzog den jungen Mann ein unsagbares Wehgefühl, ein tiefer Seelenschmerz, und er ging, nachdem er die gebrechliche Greisin mit liebevollen Trostworten beruhigt, hinaus, um in der lindernden Einsamkeit das wilderregte Gemüth, in dem zweierlei Empfindungen in heißem Ringen sich gegenüber standen, austoben zu lassen.

Seine Mutter verstand ihn nicht und konnte ihn nicht verstehen, sie hätte seine Gemüthsverfassung und seine seit früher so veränderte Sinnesrichtung doch nicht erfassen und ganz begreifen können, wenn er sie ihr auch hätte offenbaren wollen. Und mußte er sich selbst schuldig fühlen an dem furchtbaren Mißgeschick, daß mit seinem Eintritt in die Kaserne anhub und ihn seither wie ein erbarmungsloser Plagegeist verfolgte? Mußte er sich selbst dafür verantwortlich machen?

Diese Fragen legte er sich wohl hundertmal vor, nur um zu dem berechtigten Schluß zu kommen, daß nicht ihn, sondern einzig und allein der grundfalschen Gesellschaftsverfassung mit ihren Verkehrtheiten und Ungerechtigkeiten die Verantwortung treffe für das Unheil, das sich um sein Dasein gewoben und seine arme Mutter nicht minder schwer betraf.

Eines Tages — der unfreiwillige Müssiggang war ihm bereits zum Ekel geworden — raffte sich Anton auf, um sein Geiß noch einmal in der weiten Umgebung von Weinselben zu versuchen. Sein mährliches Stolzgefühl lehnte sich auf bei dem Gedanken, daß jetzt und seiner Mutter Leben allein

von den liebevollen Zuwendungen Margarethe's und Rejs's abhängen sollte, da er doch im Besitz zweier kräftiger Arme war. Er wollte Arbeit haben, Beschäftigung, und selbst den Unterhalt erwerben, koste es, was es wolle.

Mit diesem Vorsatz verließ Anton am Morgen finster das Haus und schlug den Weg nach der Landstraße ein, die unweit des Dorfes sanft aufsteigend durch das hügelige Waldrevier führte.

Rechts und links, bis zu den bewaldeten Anhöhen hin, breiteten sich die weiten Felder aus, auf denen Landproletarier jedes Alters beschäftigt waren, Kartoffeln und Rüben anzuzüchten. Weiterhin dehnte sich der umfangreiche Gutshof Reinhardt's aus, unmittelbar an einen großen dazu gehörigen Landkomplex grenzend.

Weit über die steinernen Umfassungsmauern des Hofes hinweg ragte der breite schwarzeräucherter Schlot der Brennerei empor. Dichte dunkle Rauchwolken entströmen der Esse und breiteten sich schwer über die herbstliche Flur.

Anton schritt achlos vorüber, in Gedanken mit sich selbst und seinem Dasein beschäftigt und lenkte in den Wald ein. Noch war er sich wenig klar, wohin er sich wenden sollte, wo er hoffen durfte, irgend eine Beschäftigung, einen Broderwerb zu finden. Er verhehlte sich dabei keineswegs, daß der Erfolg seines Ganges von ganz besonderen Umständen abhängig sei, wimmelte es doch seit Wochen überall von Arbeitslosen, welche ihre Arbeitskraft vergeblich anboten.

Eine neue schwere wirtschaftliche Krise, das Produkt des wahnwitzigen privalkapitalistischen Raubsystems, war mit furchtbarer Wucht hereingebrochen und lastete schwer auf dem arbeitenden Volk.

Sie wurde noch erheblich verstärkt durch gemeinschaftliche, staatspolitische Maßnahmen und die unergiebige Ernte allerorts.

Der Waarenabsatz schien in einen permanenten Stillstand getreten zu sein, Handel und Wandel fielen.

In den Städten flogen Tausende von Arbeitern auf das Pflaster, weil die Unternehmer ihre Betriebe einschränkten und daher auf die Arbeitskraft eines großen Prozentsatzes der bisher Beschäftigten verzichteten. Mühsen die Armen sehen, wo sie blieben.

Dazu stiegen die Lebensmittelpreise von Tag zu Tag zu fast anerschwinglicher Höhe und das Brod wurde immer kleiner.

Noch war es Herbst und die Bitterung noch nicht allzu rau, was sollte aber werden, wenn der ungestüme Winter hereinbrach, der schon in besseren Jahren allgemein gefürchtet war, jetzt aber den Schrecken der Armen auf den Höhepunkt treiben mußte.

Eine dumpfe unheilverkündende Gährung machte sich unter der arbeitslosen Industriebevölkerung bemerkbar und wuchs von Tag zu Tag.

Höhlängig schritt die Noth durch das Land und forderte überall zahlreiche Opfer.

Allerlei epidemische Krankheiten stellten sich ein und der Hungertyphus grassirte in den großen Industriezentren in erschreckendem Maße.

Die Kinder und schwachen Alten starben wie Fliegen dahin, selbst Personen im besten Lebensalter, aber ausgezogen bis aufs Mark, streckte die unheimliche Krankheit nieder, und die Ueberlebenden schritten wie Gespenster einher, mit fahlen, eingesunkenen Wangen und matten, tiefliegenden Augen.

Aus den Städten hörte man von Zusammenrottungen der Beschäftigungslosen, welche durch die Straßen zogen und verzweiflungsvoll Arbeit und Brod begehrten, ihren und ihrer Angehörigen wüthenden Hunger zu stillen. Arbeit und Brod erzielten sie nicht, wohl aber harte Prüge und Säbelhiebe von den auf sie eindringenden Polizeimännern, welche strenge Weisung hatten, die öffentliche Ordnung unter allen Umständen aufrecht zu erhalten. Da und dort kam es selbst zur Ermordung einzelner Mütter und

an die Arbeiter heranzutreten. An der Arbeitsordnung werde nichts geändert und die nicht unterschreibenden Arbeiter würden ohne Rücksicht entlassen. Das ist natürlich kein Terrorismus! — Die Rutscher und Arbeiter der Vereinigten Berliner Mörkelwerke befinden sich wegen Lohnreduzierung im Unfrieden. Denselben haben sich auch die Sattler, Stellmacher und Schmiede dieser Gesellschaft angeschlossen. — Der Streik der Bergarbeiter im Brüger Revier (Böhmen) gilt als beigelegt, nachdem die Anfuhr wieder normal ist.

**Der Achnahr-Ladenschluß** soll in Bayern mit Beginn der zweiten Hälfte des Januar in Kraft treten.

**Arbeiterentlassungen.** Auf der Braunschweiger Maschinenbauanstalt ist am Montag etwa 30 Arbeitern, darunter auch Familienvätern, gekündigt worden. Dieselben müssen nach Ablauf von 14 Tagen aus dem Betriebe ausscheiden. — Auch in einer Halle'schen Maschinenfabrik wurden etwa 30 Arbeiter entlassen.

**Eine Kohlenverkaufsgesellschaft** m. b. H. wurde in Frankfurt a. M. von 40 Kohlenhändlern und Konsumvereinen des Rhein- und Mainlandes mit einem Stammkapital von 20000 Mk. gegründet. Die Kohlen sollen direkt vom Syndikat bezogen und den Vereinen zum Selbstkostenpreise zugeführt werden.

Die „**Sächsische Arbeiterztg.**“ giebt seit einigen Monaten eine Zeilage heraus, die den Fragen der Sozialpolitik gewidmet ist. Das Unternehmen hat so lebhaften Anklang in allen betheiligten Kreisen gefunden, daß sich die Redaktion entschlossen hat, unter dem Titel „**Sozialpolitische Praxis**“ eine selbstständige Zeitschrift für Sozialpolitik und Gemeindefortschritt herauszugeben, die bei 14 tägigem Erscheinen vierteljährlich 1 Mk. kosten wird. Die Redaktion wird Dr. Südekum führen. Das Unternehmen erscheint uns sehr nützlich und wünschen wir ihm besten Erfolg.

**Arbeitersekretariate** bestehen z. Bt. in Altenburg (S. A.), Unterem Schlosse 1. — Altona, Große Bergstraße Nr. 204, I. — Barmen (D. S.), Schiefhausstraße 6. — Bremen, Osterhorststr. 26 I. — Breslau, Messergasse 18/19 I. — Darmstadt, Elisabethstraße Nr. 31. — Frankfurt a. M., Schnurgasse 45 I. — Freiburg i. B., Engelbergstr. 9 I. — Halle a. S., Weißstraße 21. — Hamburg, Pferdemarkt Nr. 23 II. — Hannover, Leinestr. 17. — Hildesheim, Judenstraße 5. — Hohenlimburg, Schulstr. 10. — Jena, Saalbahnhofstr. 3. — Köln a. R., Poststr. 50. — Landeshut i. Schl., „Gasthof zur Sonne“, I. — Lübeck, Johannisstr. Nr. 46, Part. — Mannheim S. 3. 10. — Mülheim am Rhein, Weienstr. 3. — München, Marienplatz 6. — Nürnberg, Egidienplatz 22. — Pforzheim, St. Georgenstr. 48. — Posen, Grünstr. 7. — Striegau, Annengasse 4. — Stuttgart, Spilingerstr. 17/19. — Tübingen, Schaffhäuserstr. 24. — Waldenburg, Schl. Töpferstr. 1.

Die **Leipziger Parteigenossen** haben am Dienstag Abend in einer stark besuchten Parteiversammlung, in der nur gegen Partei- oder Mitgliedsarte Zutritt gestattet war, den Bericht des Agitations- und Propagandakomitees entgegengenommen, auch nahm man die Resolutionen des Agitations- und Propagandakomitees vor. In erster Linie wurden die alten Mitglieder wiedergewählt, ins letztere an Stelle des Genossen Meyer Genosse Kühn. Ein breiter Raum nahm der Konflikt in der „Leipziger Volkzeitung“ ein. Die Genossen Meyer und Heinich nahmen den Standpunkt ein, die Dinge gehen zu lassen wie sie gehen, sie werden sich im Laufe der Zeit auflösen. Auf der anderen Seite vertreten hauptsächlich die Genossen Kreuz und Binck den Standpunkt, daß eine Kommission aus der Parteiversammlung zu wählen sei, die mit den ausständigen Buchdrucker nochmals verhandeln soll. Der Vorsitzende des Gewerkschaftsrates Schulte stellte, unterstützt durch Gen. Meyer, folgende Resolution: Die heute, am 8. Januar 1901, im Saale des „Pantheon“ stattfindende Parteiversammlung bedauert den Konflikt der Verbandsbuchdrucker mit der „Leipziger Volkzeitung“. Sie beantragt die Geschlichterung und Parteileitung, alle Mittel anzuwenden, um den Streikfall in für die Partei irgend annehmbarer Weise zu beenden. Diese Resolution wurde mit großer Mehrheit angenommen.

## Aus Nah und Fern.

**Kleine Chronik.** Ein eigenartiger Zwischenfall ereignete sich dieser Tage auf dem Standesamt zu König-

stein. Hierher; Roth kennt kein Gebot und der Hunger kein Gesetz!

Selbst auf dem Lande zog der allgemeine Nothstand seine unheimlichen Kreise, trieb die Leute verschiedentlich zu Gewaltthaten, und die Hüter des Gesetzes hatten alle Hände voll zu thun, den armen Hungernden die ihnen abgehenden „Einnahmen“ mit Gewalt wieder aufzubringen.

Die Großgrundbesitzer und Getreidebesitzer hielten mit ihren Vorräthen zurück, weil ihnen der Preis immer noch nicht hoch genug war. Die gewiezigsten Anstalten, welche aus verschiedenen Anzeichen einen sichern Schluß auf die bevorstehende Situation zu ziehen verstanden, hielten ihre Speicher rechtzeitig mit verhältnismäßig billig erhandeltem Getreide gefüllt, und warteten nun mit kaltem Blut und fahler Berechnung die hochsteigende Preissteigerung ab, um dann mit einem Schlage mühelos Landerbe und Abertausende zu verhungern. Demselben konnten die Armen getrost den Hungerstich ertragen, wenn nur die menscheliche Selbst- und Gemeinnützigkeit der Spekulanten keine Einbuße erlitt. Das Getreide konnte nicht zu den Hungernden und die Hungernden nicht zu dem Getreide gelangen!

Und von Tag zu Tag wurden die Aussichten auf Arbeitsbeschäftigung geringer. In den Städten wie auf dem Lande begann es von Bettlern, Landstreichern und Bogenhändlern zu schreien und die Berge gehen gegen das „Eigentum“ häßlich auf. Kein Wunder! Die Armen wollten leben! Von allen Seiten hörte man von Selbstmordfällen, die selbst an hellen Tage ausgeführt wurden, wobei es nicht selten zu heftigen Zusammenstößen kam zwischen den Hungernden und den Grundbesitzern. Die Gefängnisse füllten sich bis auf den letzten Platz.

Selbst die Felder von Weisfeldern und der benachbarten Güter hätten den den vergewaltigten Schrecken der Arbeitslosen nicht vertragen können.

Als Adam Hager am späten Nachmittage sich wieder dem

Berg bei der Trauung eines jungen Ehepaars. Während der Standesbeamte die Handlung vornahm, zerbrach wahrscheinlich infolge der starken Kälte, das Glas eines Bildes der Kaiserin, das als Schmuck im Trauungszimmer hing, in tausend Stücke und überfüllte das junge Paar und die Trauzeugen mit zahlreichen Glasplittern. Der Trauungsakt mußte auf einige Zeit unterbrochen werden. Nach Wiederaufnahme der Handlung betonte der Standesbeamte in seiner Ansprache an das junge Paar und die Trauzeugen, daß Glasplitter am Hochzeitstage nur Glück für die Ehe bedeuten. — Zu dem räthselhaften Vorfall im Hause Hintertragheim 52b zu Königberg i. Pr. hält die Kriminalpolizei noch an der Annahme einer Mystifikation fest. Diese Annahme würde freilich hinsichtlich des Gerichts bewahren sollte, wonach tatsächlich ein auf dem Sachheim wohnender Lehrling Namens Meerbach als vermisst gemeldet sein soll. Die „Königsb. Post“ giebt freilich diese Nachricht vorläufig mit allem Vorbehalt wieder. — In der Gegend von Thorn sind infolge strenger Kälte 3 Personen erstorben. — Das Schwurgericht in Breslau verurtheilte den Arbeiter Dvoratschek, der am 16. Oktober seinen Mitarbeiter Weiß ohne jeden Grund erschlag, zu zwölf Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust. — Gegen Sternberg in Berlin sind anlässlich der Verhaftung der Wittwe Rine jetzt zwei weitere Fälle festgestellt, die voraussichtlich zu gerichtlicher Verhandlung führen werden. In einem Falle ist seitens des Vaters eines fünfzehnjährigen Mädchens Strafantrag wegen Verführung gestellt worden. — Der Dichter des bekannten und 1870 vielgelesenen Liedes „König Wilhelm saß ganz heiter“, Geh. Sanitätsrath Dr. Kreuzler, ist Mittwoch früh im Alter von 84 Jahren in Brandenburg gestorben. — Durch Einkurz des Erdreichs auf dem Zementwerk Loetha bei Staffort wurden zwei Arbeiter getödtet und drei verletzt. — Am Sonnabend wurde in Duerfurt der pensionirte Gendarm Popel ermordet und beraubt vorgefunden. Popel lebte in einem eine halbe Stunde von der Stadt entfernten Gehöfte. — Die Lokomotive des Berlin-Strasburger Schnellzuges, der Nr. 324 aus Trier in Metz ankommt, fuhr über das Ziel hinaus und drang in den Wartesaal. Ein Postassistent erlitt durch einen herabfallenden Stein eine Wadenquetschung und ein Italiener eine leichte Verletzung an der Hand. Der Materialschaden ist bedeutend. Das Unglück geschah, weil die Bremse versagte. — In Viptodovo (Ungarn) erschlug der Landwirth Dob seinen Knaben, weil er 3 Hundertguldenbanknoten zerstückelt. Die Frau, die eben ihr Töchterchen badete, starr vor Schreck, und ihr Kind erkrankt in der Babenanne, worauf Dob sich erhängte. — Ueber ganz Italien ist eine große Kälte gekommen. Zum ersten Male seit sieben Jahren haben die Römer Schnee gesehen — und Eis. Der Nordwind durchdringt die Steinhäuser und vergebens suchen die Leute, namentlich die ärmeren, Schutz gegen die Kälte. Aber schlimmer als in Rom haust der Frost in Venedig, in den Marken der Abruzzen, sowie in Piemont. In der Provinz Alesandria verzeichnete man an einigen Orten bis zu siebenzehn Grad unter Null. In Padua, Venedig, Ferrara und Bologna sank die Temperatur auf sieben Grad Kälte, in Venedig froren auch die Kanäle zu. In Urbino und Camerino gab es zehn Grad unter Null. In Florenz droht der Arno zuzufrieren. Nicht besser ist es in Unteritalien. In Neapel erstorben mehrere Menschen. In Ortona (an der Adria) hindert der Schnee den Eisenbahnverkehr, in den Abruzzen und den Marken sind die Flüsse mit Eis bedeckt. — Eine der „Societe Generale des Transports maritimes“ in Marseille zugegangene Depesche meldet, daß es gelungen sei, mit der „Russie“ durch einen optischen Telegraphen in Verbindung zu treten. Die gesammte Beilage, sowie alle Reisenden sind am Leben, und alle Gefahr scheint beseitigt. Man erwartet jetzt das Eintreten günstigen Wetters, um vom Lande aus die Rettungsarbeiten zu beginnen. — Nach neueren New-Yorker Telegrammen sind bei dem Brande im Baitenhaus zu Rochester 26 Kinder, eine Pflegerin und eine Köchin ums Leben gekommen. Das Gebäude war drei Stock hoch. Es wohnten darin 200 Kinder und Angehörige. Infolge von Ueberheizen platzte ein Kessel der Dampfheizung im Erdgeschosse, den unteren Theil des sofort in Flammen ausgehenden Gebäudes zertümmern, wodurch den Bewohnern die Flucht abgeschnitten wurde. Herzzerreifende Szenen spielten sich ab. Mehrere sprangen vom dritten Stock aus dem Fenster und kamen um oder wurden schrecklich ver-

heimathlichen Dorfe näherte und sich nicht weit von Reinhardt's Gutshof befand, wurde seine Aufmerksamkeit durch großen Lärm und lautes Geschrei erregt.

Unweit der Landstraße erblickte er eine Anzahl hungerbleicher, abgezehrter, in Lumpen gekleideter Gestalten, junge Burschen und ältere Männer, tiefen Gram in den furchigen Zügen und wilden Grimm in den Augen, Arbeiter aus den benachbarten Industriorten, wie sich Anton aus der äußeren Erscheinung der Leute leicht überzeugen konnte.

Sie waren mit Haden, Säcken und Körben versehen und nahmen ohne Furcht und Schen auf Reinhardt's Feldern Kartoffeln ein. In ihrem streng verpönten Thun ließen sie sich auch nicht stören, als der Inspektor des Gutshofes, der uns bereits bekannte Grundler, mit einem großen Knüttel versehen, sich den Leuten näherte und mit roher, herrischer Gebärde und allerlei wüsten Schimpfworten, von denen die Ausdrücke „Epigubergejuden“, „Lumpengesellschaft“, „faules diebisches Pack“, Anton vernehmlich genug in die Ohren drangen, sie aufforderte, die gestohlenen Kartoffeln sofort auf ihre Säcklein zu nehmen und ihm in das Dorf zum Bürgermeister behufs Feststellung ihrer Personalkarten zu folgen.

Da kam er bei den verzweifeltsten Leuten aber schlecht an. Von allen Seiten streckten sich ihm drohend die Haden entgegen.

„Epigubiden und Lumpen wir? Und das?“ rief ein großbärtiger Mann dumpf und höhl aus der Menge und seine bleichen Wangen röthete die Entrüstung. „Du erbärmlicher Speisekellner magst freilich am Tische Deines reichen Patronen wenig Noth leiden und kennst den Hunger ehrlicher Leute nicht, die unverdient in's Unglück gekommen. Man verweigert uns das Brod, gut, dann müssen wir es uns selbst nehmen. Woge es Einer, uns zu hindern!“

„Oho, Du Epigube, Deine frechen Worte sollen Dir thener zu stehen kommen.“ rief Grundler mit hochrothem Gesicht. „Man wird Euch arbeitssüchtigen Abellen schon andere Grundstücke von Recht, Gesetz und Ordnung beibringen.“

leht. Die Feuerwehre arbeitete mit wahren Heroismus und rettete über 100 Personen, ca. dreißig sind verletzt. — Aus New-York wird gemeldet: Ein Großfeuer wüthet am New-Yorker Ufer der Eastriver, Brooklyn gegenüber. Die Feuerzone umfaßt die Docks mit einer Anzahl Schiffen, einem Großdampfer und zwei Blocks Lagerhäusern. Das Feuer wüthete bei Abgang der Depesche fort. Die Verluste sind groß. Wie viele Menschenleben verloren gegangen sind, noch unbekannt.

**Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.** In Hannover wurde der Schornsteinfeger Karl Treher aus Breez in nichtöffentlicher Sitzung des Landgerichts wegen Majestätsbeleidigung zu vier Monaten Gefängnis verurtheilt. Die beleidigende Aeußerung ist im Wirthshausgespräch gefallen.

**Aus dem russischen Hungergebiet.** In Westsibirien herrscht an vielen Orten schwerer Nothstand, da eine völlige Missernte zu verzeichnen war. Besonders groß ist die Noth im Gouvernment Tobolsk. So nähren sich in einem Dorfe im Kreise Tjukalinsk von 113 Familien (337 Männer und 273 Frauen) bereits seit dem Oktober 45 Familien nur noch von Kartoffeln. Der Getreidevorrath der übrigen Familien ist sehr klein. Die meisten Leute haben nur noch bis Weihnachten zu essen. Bloss drei Familien können ohne fremde Hilfe bis zum Sommer sich durchschlagen. Natürlich herrschen Magen- und Darmkrankheiten in diesem Dorfe. Noch ist glücklicher Weise kein Fall von Hungertypus vorgekommen.

## Quittung.

Im Monat Dezember gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Augsburg, U. durch G. U. i. St. 20. — Achim, rothe Geburtstagsfeier 2. — Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 4. Kreis, Ost, 1000. — 4. Kreis, Südost, 1000. — 5. Kreis, 100. — 6. Kreis, Rosenthaler Vorstadt und Gesundbrunnen, 500. — 6. Kreis, Wedding und Oranienburger Vorstadt, 900. — 6. Kreis, Moabit 376,48. Berlin, diverse Beiträge 533,05. Bremen, von Parteigenossen 300. — Bern 50. — Braunschweig, von den Genossen der Stadt Braunschweig durch den Vertrauensmann D. 200. — Buztshube, von den Alten durch Weber 3. — Bochum, Wahlkreis, durch den Kreisvertrauensmann 100. — Breslau, sozialdemokratischer Verein 50. — Chemnitz, 16. sächsischer Reichstags-Wahlkreis in zwei Raten 300. — Charlottenburg, W. G. 5. — Dresden, S. Sch. 1. — Dresden, „Es ist erreicht“ 1000. — Rosemann und Schneider 1. — Delmenhorst, zwei Genossen 2. — Elbtal, Unbekannt 10. — Ellenfeld i. B., gesammelt bei einem rothen Schlachtfest durch M. 5. — Erfurt, Wahlkreis Erfurt-Schleuß.-Ziegenrück, 25. — Falkenberg (Oberchl.) 2. — Gaarden, von den Parteigenossen durch den Vertrauensmann 50. — Gera (Neuß) 100. — Gstedt bei Bremen, von Parteigenossen 10. — Halle a. S., Parteibeitrag 300. — Hartha 50. — Haffurt a. M., L. Richter 3. — Hamburg, im Monat Dezember in der Expedition des „Echo“ eingegangen 117,60. Jena, dritter weimarscher Wahlkreis 30. — Lichtenfels-Rastenberg, v. d. Parteigenossen 20. — Lahr, Altvater 5. — Landeberg a. W., Beitrag von einem aus dem Holzarbeiterverband ausgeschiedenen Mitglied 10,90. München, Waldfäuser 5. — Nürnberg, sozialdemokratischer Verein Nürnberg-Alt. 20. — Ohligs, durch E. Sch. 30. — Oelsnitz i. B., von den Parteigenossen durch den Vertr. 50. — Pforzheim, von badischen Genossen 50. — Potsdam-Osthavelländischer Wahlkreis, durch den Kreisvertrauensmann P. in Velden 100. — Pirmasens, A. P. 2. — Schiffbeck, sozialdemokratischer Verein durch E. Sch. 100. — Stuttgart, G. U. 10. — Solingen, durch den Kreisvertrauensmann E. Sch. 100. — Teltow-Weesow-Storkow-Charlottenburger Wahlkreis 1000. — Torgau, Wahlkreis Torgau-Liebenwerda d. d. Kreisvertr. 14,10. Weichselburg, Schwelster-Auktion 3,60. Jahrges. W. R. 1,50.

Berlin, den 8. Januar 1901.

Für den Parteivorstand:  
U. Gerich, Kreuzbergstr. 30.

W. R. 1,50. — Schiffbeck,

Hamburg, 10. Januar

Der Schweinehandel verlief gut.

Der Markt hatte 1400 Stück, davon vom Norden, vom Süden — Stück Erseh. Schweine — Mk. ... 48 — 52 ... 53 — 54 1/2 ... Sauren 44 50 ...

Jetzt aber vorwärts, Ihr Diebshallunken, zum Bürgermeister!

„Eher sollst Du elende, verruchte Knechtsseele zum Teufel fahren!“

Mit diesen Worten drang ein dürrer, kraftloser Arbeiter, an allen Gliedern bebend, auf ihn ein und schwang die Hade.

Die tiefstehenden, dunkel umrandeten Augen des Mannes sprühten ein unheimliches Feuer, wie es nur die bitterste Verzweiflung, die Seelenqual des ungestillten Hungers erzeugen kann.

Gründler wich schein zurück. Wie alle gefinnungslosen Strebernaturen, die nach oben kriechend ihre Menschenrechte vergeben, nach unten aber ihrem rohen Charakter brutal die Zügel schießen lassen, wenn es ihren eigenen Vortheil gilt, hatte Gründler auch das mit seinen würdelosen Kollegen gemein, in fester Furcht zurückzuweichen, sobald sein Vorgehen eine unmittelbare Gefahr für ihn heraufbeschwor.

Noch einen grimmigen Blick warf er auf die Leute, dann eilte er nach dem Gutshof zurück, um nicht lange darauf mit mehreren Knechten und Tagelöhnern zurückzukehren. Nur widerwillig folgten ihm diese, denn sie hatten den hrannischen Menschen aus tiefster Seele und bemitleideten ihre arbeitslosen Kollegen aus der Stadt, die der Hunger zwang, die Geseze zu übertreten. Erst die Drohungen Gründlers mit sofortiger Entlassung machte die Arbeiter dem Zwange gehorchen, obgleich sie viel lieber an dem Inspektor selbst Volkssjustiz geübt hätten. Die gefürchtete Entlassung und damit das Schicksal Derer zu theilen, auf welche sie der rücksichtslose Mensch hegte, stand wie ein schreckliches Gespenst vor ihrem geistigen Auge.

Es entspann sich nun ein förmlicher Kampf zwischen Knechten und Feldplünderern.

(Fortsetzung folgt.)